

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

C 11

MITTWOCH, 20. OKTOBER 1948

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN

4. JAHRGANG / NUMMER 96

Von Brauchitsch gestorben

HAMBURG. In einem britischen Lazarett ist in der Nacht von Montag auf Dienstag der ehemalige Feldmarschall Walther von Brauchitsch gestorben. Er befand sich in britischer Haft, da er sich demnächst zusammen mit den ehemaligen Feldmarschällen v. Rundstedt, v. Manstein vor einem britischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen verantworten sollte.

Walther v. Brauchitsch wurde 1881 geboren und machte die übliche Laufbahn des preussischen Offiziers durch. Nach dem Weltkrieg wurde er nach verschiedenen Kommandos als Inspekteur der Artillerie und kommandierender General 1938 Oberbefehlshaber des Heeres als Nachfolger des unter so schmachvollen Umständen verabschiedeten Generalobersten von Fritsch. Nach den Feldzügen in Polen und Frankreich wurde Brauchitsch zum Generalfeldmarschall ernannt. Wenige Monate nach Beginn des Rußlandfeldzuges fiel er bei Hitler in Ungnade und erklärte seinen Rücktritt. Nach dem Zusammenbruch verhafteten ihn die Alliierten mit den andern Feldmarschällen.

„Das Jahrhundert Perons“

BUENOS AIRES. In der Nacht zum Montag ist in der argentinischen Hauptstadt eine 24-stündige Arbeitsruhe eingetreten, um der gesamten Arbeiterschaft die Teilnahme an den Gedenkfeiern zu ermöglichen, die zur Erinnerung an den Tag begangen wurden, an dem die gewaltsame Enttarnung des Generals Peron aus dem politischen Leben verhindert worden ist. Mehr als eine Million Arbeiter waren vor dem Regierungssitz des argentinischen Staatschefs versammelt, als Peron an die Versammlung die Frage richtete, ob sie mit seiner Regierung zufrieden seien. Natürlich erfolgte ein einstimmiges Ja. Frau Eva Peron hielt eine Ansprache, in der sie das ausländische Kapital und seine Handlung heftig angriff. Sie schloß ihre Rede mit dem Ruf: „Dieses Jahrhundert ist das Jahrhundert Perons!“ Den Abschluß der Feiern bildete die Ueberreichung von Orden durch General Peron.

Frankreich rutscht weiter nach rechts ab

Mit de Gaulle Sympathisierende stellen die meisten Wahlmänner für den Rat der Republik

PARIS. Am vergangenen Sonntag haben die Gemeinde- und Kreisräte Frankreichs die über 100 000 Wahlmänner bestimmt, die am 7. November bei der teilweisen Erneuerung des Rats der Republik, der zweiten französischen Kammer, die neuen Mitglieder des Rats wählen sollen. Das Ergebnis entspricht bei diesem Verfahren naturgemäß dem der Gemeinderatswahlen vom Oktober vorigen Jahres und erlaubt nur unzureichende Schlussfolgerungen auf die derzeitige Position der einzelnen Parteien.

Nach den bisher bekannten Ergebnissen entfallen 21,3 Prozent der Wahlmänner auf die Unabhängigen, 17,7 Prozent auf die Sozialisten, 12,4 Prozent auf die Radikalsocialisten, 12 Prozent auf die Bewegung de Gaulles (RPF), 10,3 Prozent auf die Kommunisten, 9 Prozent auf die Republikanische Volksbewegung (MRP), der Rest auf verschiedene kleinere Parteien.

Durch die Komplexität des Wahlverfahrens wird das einzige wesentliche Ergebnis dieser Vorwahlen verdeckelt: Der weitere Aufstieg der Rechten, vor allem der Anhänger de Gaulles, ist nicht zu verkennen. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß große Teile der Unabhängigen und der Radikalsocialisten mit den Gaullisten sympathisieren und daher mit der RPF eine Koalition bzw. eine Listenverbindung eingehen wird. Die Sozialisten konnten ihre Position nur mühsam behaupten, während die Kommunisten und die MRP, insbesondere letztere, einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen haben.

Klarheit werden allerdings erst die Wahlen am 7. November bzw. die ersten Sitzungen des erneuerten Rats der Republik bringen. In der französischen Presse der Mitte wird die Ansicht vertreten, daß über die Zukunft der sogenannten Dritten Kraft Erfolg oder Mißerfolg der von dem Kabinett Queuille eingeleiteten Maßnahmen entscheiden wird. Gellinge es Queuille in seinem Kampf gegen Spekulation und Schwarzhandel Erfolge zu erzielen, sei zu erwarten, daß die Mehrzahl der Unabhängigen und Radikalsocialisten die Regierung unterstützen.

Eines steht jedenfalls fest, die Mehrheit im neuen Rat der Republik wird sich nach der Niederlage der bisher am stärksten dort

Schlange-Krise vertagt

FRANKFURT. Die CDU-CSU-Fraktion des Wirtschaftsrates hat beschlossen, eine Entscheidung im Falle Schlange-Schönungen zu verschieben. Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist erkrankt und die Fraktion hat es deshalb nicht für richtig gehalten, in seiner Abwesenheit die gegen Schlange-Schönungen erhobenen Vorwürfe zu behandeln.

In der Zwischenzeit besuchte der Landesvorsitzende der bayerischen CSU, Dr. Josef Müller, den erkrankten Direktor. Er habe ihn, so wird von CSU-Seite erklärt, zwar nicht zum Rücktritt aufgefordert

China braucht dringende Hilfe

Die amerikanischen Kriegslieferungen müssen verstärkt werden

WASHINGTON. Die Erfolge, die chinesische Kommunisten in den letzten Wochen errungen haben, lassen eine verstärkte amerikanische Hilfe als dringende Notwendigkeit erscheinen. Das Vordringen der Kommunisten hat die Lage der Regierung wesentlich verschlechtert. Die amerikanische Regierung hat nun die Absicht, Tschiangkajsche Kriegsmaterial im Werte von mehreren Dutzend Millionen Dollar zu liefern.

Ursprünglich war General McArthur ersucht worden, aus seinen Beständen Material zur Verfügung zu stellen. Der amerikanische Oberkommandierende für Japan hat jedoch geantwortet, daß er, selbst unter Berücksichtigung der verhängnisvollen Folgen eventueller kommunistischer Siege in China, „kein einziges Maschinengewehr“ abgeben könne. Die internationalen Spannungen und die Rolle, die seine Truppen im Pazifik im Falle von Komplikationen zu spielen hätten, mache es ihm unzulässig, von seinem Material etwas zu liefern.

Die Schwierigkeiten, in die Tschiangkajsche jetzt geraten ist, haben dazu geführt, daß die

Verfechter einer energischen Chinapolitik der Vereinigten Staaten an der Haltung der amerikanischen Regierung noch schärfere Kritik als bisher üben. Diese Kreise fürchten, daß die beabsichtigten Lieferungen zu spät kommen, so daß neue Erfolge der kommunistischen Truppen kaum verhütet werden können.

Die Vertreter einer größeren Hilfe für Tschiangkajsche behaupten, daß die Regierung infolge der Verschärfung der weltpolitischen Lage sich gescheut habe, die chinesischen Regierungstruppen in ihrem Kampf gegen die Kommunisten stärker zu unterstützen. Die Regierung habe befürchtet, von den Sowjets einer aggressiven, gegen die UdSSR gerichteten Intervention beschuldigt zu werden. Truman habe sich aber gescheut, in der jetzigen gefährlichen Situation sich auch noch einem solchen Vorwurf auszusetzen. Die schwierige Lage Tschiangkajsches zwingt die amerikanische Regierung jetzt aber zu einem raschen Handeln, wenn sie nicht Gefahr laufen will, daß Moskau zuletzt auch noch in China siegt.

Staatssekretär Marshall in Rom

Besprechungen mit dem Staatspräsidenten / Privataudienz beim Papst

ROM. Auf seiner Rückkehr von Athen hielt sich Staatssekretär Marshall zwei Tage auch in Italien auf. Er hatte Besprechungen mit dem Präsidenten der Republik, Einaudi, mit Außenminister Graf Sforza, und mit dem Ministerpräsidenten de Gasperi. Der letztere erklärte, daß er Staatssekretär Marshall gegenüber den Dank des italienischen Volkes dafür ausgesprochen habe, daß dieser, dessen Bemühungen um Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Wirtschaftslebens in Italien unterstützt habe. Am Dienstagvormittag ist Marshall in Castelgandolfo vom Papst empfangen worden.

Auf die Frage eines Journalisten, ob sein Aufenthalt in Italien amtlichen Charakter habe oder nicht, beschränkte sich der amerikanische Staatssekretär auf die Erklärung: „Ich bin gekommen, um zu sehen, zu sprechen und zu hören.“

Kommt Marshall nach Deutschland?

WASHINGTON. In der amerikanischen Presse wird verschiedentlich die Frage erörtert, ob Staatssekretär Marshall auch Westdeutschland und Berlin besuchen werde. Man hält einen solchen Besuch durchaus für möglich, obgleich bisher amtliche Kreise zu einer solchen Reise noch keine Stellung genommen haben. Da man in Griechenland und Italien zwei Vorposten der amerikanischen Außenpolitik sieht, hält man es für möglich, daß sich Marshall auch über die Lage in Deutschland informieren möchte.

Europareise Hoffmans

PARIS. Der Administrator der ECA, Hoffman, der am Mittwoch für drei Tage nach Paris kommt, wird anschließend nach Rom, Frankfurt, Berlin und London fliegen, aber bereits am 28. Oktober die Rückreise nach Washington antreten. Der Administrator will sich selbst von den Fortschritten überzeugen, die im Laufe der letzten Monate in den Ländern gemacht worden sind, die am europäischen Wiederaufbauprogramm teilnehmen.

Gesunde politische Grundhaltung

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

DÜSSELDORF. Am Sonntag sind im Lande Nordrhein-Westfalen die Wahlen zu den Kommunalvertretungen und zwar für die Kreisversammlungen und die Gemeinden durchgeführt worden. Zur Wahl waren acht Parteien zugelassen worden und zwar außer den im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, KPD, FDP (Demokraten) und Zentrum noch die Deutsche Konservative Partei (Deutsche Rechtspartei), die Rheinische Volkspartei und die Radikale soziale Freiheitspartei. Dazu kamen noch zahlreiche unabhängige Kandidaten. Die drei kleineren Parteien kandidierten aber nur in einigen Kreisen, während die unabhängigen Kandidaten sich diesmal im wesentlichen auf die ländlichen Gebiete beschränkt haben. Die Wahlbeteiligung betrug rund 5,7 Millionen bei etwa 8,5 Millionen Wahlberechtigten, was einer Wahlbeteiligung von 68,1 Prozent entspricht. Gegenüber der Landtagswahl im April 1947, bei der 5 028 892 gültige Stimmen abgegeben worden sind, sind also diesmal rund 700 000 Stimmen mehr abgegeben worden. Im einzelnen:

CDU 2 054 491 (Landtagswahl vom April 1947: 1 889 581), in Prozenten 37,5 gegen 37,5 bei

der Landtagswahl: SPD 1 961 179 (1 607 487), 35,89 v. H. (31,97); Zentrum 523 770 (491 138), 9,6 v. H. (9,77); KPD 448 410 (702 410), 8,02 v. H. (13,97); FDP 379 187 (298 995), 6,9 v. H. (5,95); Radikalsoziale Freiheitspartei 58 537, 1,07 v. H., Vergleichszahlen fehlen; Unabhängige 21 062, 0,38 v. H. (0,01); Deutsche Rechtspartei 9460 (24 579), 0,17 v. H. (0,5); Rheinische Volkspartei 16 486 (13 547), 0,3 v. H. (0,27).

Ueberraschend ist, daß die Wahlbeteiligung höher als bei der Landtagswahl gewesen ist, obwohl der Wahlkampf ziemlich ruhig verlief. Am schwächsten war die Wahlbeteiligung in den Großstädten westlich des Rheins, während sie in den Landgebieten unverhältnismäßig hoch war und zum Teil über 70 Prozent betragen hat. Die CDU hat ihren Bestand wahren können, während die SPD eine nicht erwartete Zunahme zu verzeichnen hatte. Der Stimmenrückgang bei der KPD ist deshalb überraschend, weil die Wahlen durchgeführt werden mußten unter den Auswirkungen der Währungsreform und der ständig steigenden Preise. Der Rückgang bei der KPD im Industriegebiet ist größer als er bei den süddeutschen Wahlen gewesen ist.

Deutsche Kultusminister tagen

RAVENSBURG. Seit Dienstag früh tagen in Ravensburg die Kultusminister Westdeutschlands. Bei den Besprechungen sind anwesend: Die Staatspräsidenten Dr. Gebhard Müller und Leo Wohleb, die Kultusminister Dr. Albert Sauer (Württemberg-Hohenzollern), Dr. Aloys Hundhammer (Bayern), Theodor Bäuerle (Württemberg-Baden), Dr. Erwin Stein (Hessen), Frau Christina Teusch (Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. A. Grimme (Niedersachsen), Wilh. Kublinski (Schleswig-Holstein), Senator Heinrich Landahl (Hamburg), Staatssekretär Frau Dr. Gentenberg (Rheinland-Pfalz), die Rektoren Prof. Dr. Erbe (Tübingen), Prof. Dr. Böhm (Frankfurt), Prof. Dr. Kaiser (Göttingen) und der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Hahn (Göttingen).

An den heutigen Beratungen nahmen auch die Finanzminister der westdeutschen Länder

teil. Die Konferenz wird heute abend zu Ende sein.

Das Zusammentreffen der Staatspräsidenten Wohleb und Dr. Müller wird, wie angenommen werden darf, die Festsetzung des Termins für die Aufnahme der Arbeit der Kommission, die den Staatsvertrag über den Zusammenschluß der südwestdeutschen Länder ausarbeiten soll, bringen. Aller Voraussicht nach dürfte die Kommission in Tübingen zusammentreten.

Wieder Verhandlung im Sicherheitsrat

PARIS. Am Dienstag nahm der Sicherheitsrat die Aussprache über die Berliner Frage wieder auf. Voraus ging eine sehr lebhaft diplomatische Tätigkeit. Die sechs neutralen Vertreter hielten zahlreiche Sitzungen ab. Bramuglia hatte eine neue Unterredung mit Wjatschinski, doch ist über das Ergebnis dieser Unterredung nichts bekannt.

Lohnstopp

Von Arbeitsminister Wirsching

Von allen beteiligten Stellen wird seit Monaten die Aufhebung des Lohnstopps diskutiert. Inzwischen hat der Wirtschaftsrat in Frankfurt einen Gesetzentwurf gefertigt, zu dem der Länderrat in den nächsten Tagen Stellung zu nehmen hat. Die Arbeitsminister der Bizone haben diesen Entwurf inzwischen in zustimmendem Sinne begutachtet. Damit ist eine Entscheidung von weittragender Bedeutung gefallen, die leider zunächst für die französische Zone noch keine Geltung haben wird. Sie wird jedoch nach einer vorläufigen Mitteilung der Militärregierung binnen Kürze auch für die französische Zone zu erwarten sein.

Wenn es auch unter den gegebenen Umständen in Deutschland eine freie Marktwirtschaft klassischen Stils nicht geben kann und man höchstens von einer marktregeleitenden Vertragswirtschaft sprechen können, so werden doch Preise und Löhne sich auspendeln müssen. Während dieser Übergangszeit wird es nicht zu umgehen sein, eine Grenze nach unten zu ziehen, die ohne Zustimmung der Arbeitsverwaltung nicht unterschritten werden darf. Im übrigen aber werden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder das Recht haben, ihre Belange selbst zu ordnen, d. h. Tarifverträge abzuschließen. Die deutsche Verwaltung wird sich weise darauf beschränken, beobachtend und ordnend tätig zu sein, um das Verantwortungsbewußtsein der beiden Partner zu stärken. Nur wo nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten die Tarifpartner festgefahren sind, wird der Staat vornehmlich eingreifen müssen, um Lohnkämpfe größeren Ausmaßes nach Möglichkeit zu vermeiden. Dabei sind Lohnerhöhungen, die Preiserrhöhungen notwendig machen, tunlichst zu unterlassen. Ein Teil der Löhne (Bauarbeiter u. a.) ist innenmarktpolitisch bedingt, andere wieder (Exportindustrien) außenmarktpolitisch bestimmt. Es wird weiter Aufgabe der gewerkschaftlichen Lohnpolitik sein müssen, gesunde Relationen zwischen den einzelnen Facharbeiterlöhnen und zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen, zwischen Arbeiterlöhnen und Angestelltengehältern in ein erträgliches Verhältnis zu bringen. Eine solche Lohnpolitik bedeutet keinesfalls eine Nivellierung. Die Lohnpolitik in der UdSSR wie in der Ostzone weist gegenüber den Verhältnissen des Westens eine weit größere Differenzierung auf, ganz zu schweigen von den Gehältern der dort leitenden Angestellten und Direktoren.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß auch die Frage der Existenzsicherung in Krankheitsfällen, die Urlaubsfrage für Arbeiter und Angestellte anpacken und zwar so, daß jedem das ihm zustehende Recht wird. Hier spielen nicht nur rechtliche, sondern auch beschäftigungspolitische Probleme eine Rolle. Aber auch das Lohngebäude an sich wird gegenüber den Verhältnissen vor 1933 eine teilweise Umgestaltung erfahren müssen. Notwendig wird auch sein, die starken Ortsklassenunterschiede auf ein vertretbares Maß zu bringen, da die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land heute durchaus nicht mehr so verschieden sind. Die Sachwertlohnung hat zu einer völligen Diskreditierung der Geldentlohnung geführt und sollte bis auf Ausnahmefälle verschwinden. Diese Aufgabe, Löhne und Preise wieder in ein erträgliches Verhältnis zu bringen, ist angesichts der weitgehenden Zerstörung unseres wirtschaftlichen Wohlstandes schwieriger als je, zumal wir aktiv in der Wirtschaftspolitik einzugreifen auf vielen Gebieten (Umrechnungskurs der Mark, Erneuerung unseres Maschinenparks u. a.) gar nicht in der Lage sind. Immer noch ist die beste Sozialpolitik aber eine aktive Wirtschafts- und Kreditpolitik gewesen. Ganz besonders wird es die Sorge sein müssen, daß wir nicht in die Spirale der Preisinflation geraten, bei der sich Preise und Löhne zu immer neuen Höhen antreiben.

Der Lohn ist aber nicht nur ein sozialer Faktor, sondern gleichzeitig auch das wichtigste Kostenelement. Jede Lohnerhöhung, die nicht durch Einsparungen an anderen Stellen oder durch Rationalisierung des Betriebes ausgeglichen werden kann und damit zu Preissteigerungen führt, nützt dem Arbeitnehmer nichts. Nur eine weitere Einfuhr von Nahrungsmitteln, die bei der Arbeitsamkeit unserer Bevölkerung unweigerlich auch zu einer Steigerung der Produktion führen wird, verbessert unsere Lage. Wenn die Arbeiter satt zu essen haben, werden sie mehr leisten können, so daß die Lohnkosten je Produktionseinheit sinken. Vernünftige Relationen zwischen Kosten und Preisen werden sich dann auch ohne Preiserhöhung einstellen, und der Reallohn wird steigen. Dies erfordert freilich auch von Unternehmenseite eine entsprechende menschliche Einsicht und den ehrlichen Willen, die Dinge nicht treiben zu lassen. Sie hat noch einmal eine große Chance zu zeigen, daß es ohne Unternehmerinitiative nicht geht. Wenn dann außerdem noch mehr Rohstoffe hereingelassen werden, auf Exporthemmnungen und den Abbau des industriellen Potentials verzichtet wird, wird die Güterversorgung in Deutschland nicht nur reichlicher, sondern infolge der besseren Kapazitätsausnutzung auch

billiger werden. Dazu gehört aber noch ein anderes, was erst wachsen muß: ein besseres menschliches Verhältnis im Betrieb. Eine befriedete Atmosphäre in den Betrieben hat, wie Beispiele der neueren Zeit in England und Belgien beweisen, zu Leistungssteigerungen bis 50 Prozent und mehr geführt. Imponderabilien! Nicht für den „Ausbeuter“ wird gearbeitet, sondern für die Versorgung der Bevölkerung, des Mitmenschen. Möchte das Betriebsratsgesetz, das demnächst den Landtag beschäftigen wird, das Seine dazu beitragen, ein solches besseres menschliches Verhältnis zwischen Belegschaft und Unternehmer herzustellen. Das erfordert freilich ein Eingehen und eine Hingabe an die Idee der Befriedung von beiden Beteiligten. Das ist m. E. der Weg, der den Teufelskreis sprengt und allmählich wieder ins Freie führt.

Massenflucht aus der Ostzone

BERLIN. Der „Telegraf“ meldet, daß zahlreiche hohe Beamte und Wirtschaftsführer der russischen Zone in die Westzone geflüchtet seien. Der Präsident der Oberpostdirektion Schwerin, Schwerdtfeger, sei mit seinem ganzen Stabe nach Berlin geflohen. Der Vorsitzende der Leipziger Handelskammer, Konrad Wahlfisch, habe ebenfalls die Ostzone verlassen. Weiter hätten u. a. noch die Flucht ergriffen der ehemalige Leiter der Polizeiinspektion in Karlsruhe, Michaels, und der Bürgermeister von Berlin-Mitte, Elgas. Der Polizeipräsident Rau, dem die gesamte Polizeiverwaltung in Thüringen untersteht, wurde von den Russen in Weimar verhaftet, ebenso der Oberstaatsanwalt Wolfen; beide sind nach der Meldung des „Telegraf“ beim illegalen Verlassen der Ostzone festgenommen worden.

Wieder Hinrichtungen

MÜNCHEN. General Clay habe, so meldet der christliche Nachrichtendienst, den Befehl erteilt, in der Strafanstalt Landsberg wieder Hinrichtungen vorzunehmen und die in verschiedenen Kriegsverbrecherprozessen ausgesprochenen Todesurteile zu vollstrecken. Wärendlich sollen zehn Gefangene hingerichtet werden. Zurzeit befinden sich in Landsberg 130 zum Tode Verurteilte, von denen nur 29 zur Begnadigung vorgeschlagen sind.

Am vergangenen Freitag sind bereits die ersten zehn Hinrichtungen erfolgt und zwar handelt es sich um Personen, die wegen der Ermordung von KZ-Häftlingen im Lager Flossenbürg zum Tode verurteilt worden waren. Im Januar hatte der Staatssekretär für die amerikanische Armee, Kenneth Royall, den Aufbau der Hinrichtungen angeordnet, um eine Überprüfung der Verfahren in die Wege zu leiten, nachdem von Landesbischof Wurm und Weihbischof Dr. Neuhäusler gegen die Durchführung der Dachauer Prozesse sehr begründete Einwendungen erhoben worden waren. Der Weihbischof erklärte jetzt in einem Interview: „Ich habe mit großer Bestürzung erfahren, daß General Clay die verhängten Todesurteile jetzt vollstrecken läßt. Ich habe aus den Berichten über die Nürnberger und Dachauer Prozesse gesehen, wie viele Zweifel an der Schuld Einzelner bleiben und welche sonderbare Vernehmungsmethoden angewendet worden sind. Ich habe ferner gesehen, wie schwer es den öfteren den Angeklagten gemacht wurde, sich zu verteidigen. Selbst wenn nur ein Bruchteil der Angaben der Verurteilten richtig sein sollte, wäre es meines Erachtens eine Forderung der Gerechtigkeit und der Ehre der amerikanischen Justiz, alles zu tun, um die Wahrheit zu finden.“

Herausgeber und Chefredakteur: W. H. Hebsacker, Dr. Ernst Müller und Alfred Schwenger
Mitglieder der Redaktion: Gudrun Boden, Dr. Wilhelm Gall, Dr. Otto Haendle, Dr. Helmut Kleczka, Joseph Klingelhöfer und Franz Josef Mayer

Monatlicher Bezugspreis einschließlich Trägerlohn 1,80 DM, durch die Post 2,07 DM. Einzelverkaufspreis 30 Pf.
Erscheinungsort: Montag, Mittwoch, Samstag
Verlag und Schriftleitung: Tübingen, Untoldstraße 2
Unverlangte Manuskripte werden nur bei Portobelastung zurückgegeben

„Geschichte der Französischen Nation“

Zu dem Geschichtswerk von Charles Seignobos *)
Es ist erstaunlich, wie stark in der französischen Historiographie die Standardwerke eines Michelet und Taine, also die Erkenntnisse des 19. Jahrhunderts, Grenze und Umfang der Forschung bestimmt haben. So stark, daß beispielsweise der gebildete Deutsche heute noch aus den Darstellungen der beiden einander ergänzenden Schulbücher Kenntnisse über Frankreichs Werden und Wachsen, wohl abgesehen von den wiederkehrenden Generalurteilen einer idealen Entwicklung, die im Unterschied zu der deutschen Geschichtsschreibung fast als gebliebene Konstanten erscheinen. Um so mehr ist man überrascht, wenn unter dem Namen einer Gesamtdarstellung geschrieben haben, Charles Seignobos Perspektiven zeigt und die im 19. Jahrhundert übliche, nicht ohne weiteres sich dem klassischen Schema in Einklang bringen lassen, Seignobos Geschichte der Franzosen nicht auffallend wenig Namen von Königen und Ministern auf, sie ignoriert beinahe das weite Gebiet der Kunst und der Literatur, sie bricht mit den üblichen Einstellungen in Dynastien, sie versucht dagegen in Jahrhunderten zu denken und die eigenliche Kriegsgeschichte auf Daten einzugrenzen, die nur auf lange Sicht hin für die Nation von Bedeutung waren, also unabhängig sind von zufälligen außenpolitischen und kriegerischen Erfolgen. Seignobos ist nüchtern, pragmatisch, der eher zuwenig als zuviel sagt und die Urkunden auf ihr inneres Gewicht hin prüft und daraus vorsichtig Schlüsse zieht. Er sieht das Werden der französischen Nation gleichsam im Querschnitt, nicht im Auftrieb, im sachlich Beurkundeten, nicht im Ideell Geformten und gesetzlich sich Entwickelnden. Er weiß, daß die Mehrzahl der Urkunden, aus denen die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts Nutzen zog, von Klerikern und Adligen stammt und daher schon eine einseitige und der Korrektur bedürftige Wertung enthält. Im Zweifelsfall hielt er sich an das Wagnis einer eigenen Entscheidung, auch wenn er „notwendig in Widerspruch zu den üblichen Lehrmeinungen und selbst zu der vom Unterricht übernommenen Darstellung“ geriet.
Der deutsche Leser glaubt dies zuerst an der

*) Erschienen in der Verlagsbuchhandlung J. Kohl, Bad Kreuznach.

Stoffe - Nadeln - Printen in Aachen

GHF. Die Eisenbahn braucht mehr als drei Stunden, um von der Landeshauptstadt den Reisenden bis zur Landesgrenze zu bringen, der Omnibus - nebenbei mit Radiomusik, Imbiß den ein freundliches Servierfräulein präsentiert - nur zwei Stunden. Mithin reisen die Düsseldorfler lieber mit diesem neuzeitlichen Requirat.

Unterwegs passiert man Jülich. Bis 1944 eine rege, kleine Industriestadt. Ein Luftangriff und drei Monate Front haben sie völlig ausradiert. Wohin man sieht, nur Schuttberge, Trümmer. Einfach trübsalig. Jetzt hat man die Keller freigeschaufelt, die hier an der Roer als Unterstände und Bunker dienen. Ganz langsam wächst mit Hilfe der Landesregierung ein neues Jülich hoch, einstöckig, ganz einfach.

In Aachen ist der Eindruck des Makabren vorherrschend. Von Aufbauwillen spürt man wenig. Aber der Dom ist bis auf den Chor hell. Man verharnt wieder in Ehrfurcht vor dem Marmorstuhl, auf dem Karl der Große gekrönt wurde und verzißt die Welt der Zerstörung, die das Rathaus so entstellte, seine Türme hinwegriß, Trübseligkeit verbreitete.

Überhaupt herrscht der Eindruck des Trostlosen vor: Ungepflanzte, ein- bis zwei-stöckige Anlagen, in Trümmern der Eisenbrunnen, eine Wildnis der Kurpark. Flüchtlingswohnungen im einst so eleganten Quellenhof. Zerlöhrt die Seitenwände des Theaters.

Und dann doch wieder die herrlichen Stoffe der Aachener Industrie in den Schaufenstern. Packungen mit Printen und manche der einst so schönen altzeitlichen Hausfassaden als Mittel zwischen all diesen Gegensätzen.

Im Kontor einer alten Tuchweberei sehen wir die neuen Kollektionen der Kammgarnstoffe, die jetzt ohne jegliche Beimischung von Zellwolle auf den Stühlen gewebt werden. Nur 500 der 2000 bereitstehenden Webstühle sind im Betrieb. Vor dem Krieg waren es 5000. Nur ein Viertel der Weber und Weberinnen sind wieder beschäftigt, der Rest mußte sich andere Arbeit suchen.

Aber die Tuchweber sind zuversichtlich. Vielleicht können noch in diesem Jahr einige hundert der färbenden Stühle wieder Ketten aufziehen, wieder klappern.

„Garne und nochmals Garne brauchen wir“ sagt uns ein Fabrikant. „Die Spinnereien der Westzone können allein den Bedarf nicht decken, früher lieferten uns die Spinnereien der Ostzone, sie fallen heute aus. Und dann fehlen uns die Spinnereimaschinen der Ostzone. Statt der zahlreichen Betriebe dieser Spezialbranche in Chemnitz und Zwickau haben wir hier im Westen nur eine in Ingolstadt.“

Aachen hofft auf Garne aus Belgien. Wenn die Verhandlungen, die jetzt über die Grenze hinweg angeknüpft wurden, zu einem Erfolg führen bedeutet das neue Arbeit, neue Aufträge. Das alles ist aber Voraussetzung, um die Stadt wieder aufzubauen, in der jetzt wieder 120 000 Einwohner leben. Vor dem Krieg waren es ihrer 160 000.

Aus Aachen kamen aber auch die Nadeln. Stahldraht ist dazu Voraussetzung. Den gibt es jetzt wieder. Noch sind die Nähmaschinenknapp, aber der Export steigt. Die Industrie rationalisiert. Was brauchen wir auch noch 2000 verschiedene Systeme, wo wir heute mit 750 auskommen.

Wir wandern im milden Nachmittagslicht ein Stück über die Lütticher Landstraße in den Aachener Wald hinein. Belgische Autos der Besatzung begeben uns, Lastzüge aus Antwerpen und Brüssel. Alle bringen sie Waren nach Deutschland, tragen mit dazu bei, den Export zu fördern, denn was wir über die Grenzen nach Belgien zu fahren haben, das befördern die Eisenbahnzüge.

Zu später Stunde schauket uns der Omnibus wieder nach Düsseldorf, vorbei an den zerstörten Bauernhöfen dieses Kampflandes, das vor drei Jahren die Schrecken des Krieges erlebte, das aber seine Leihargie überwand hat, in dem die Brücken über den Kirchföhre Zug um Zug repariert werden, in dem die blauerliche Welt wieder herrscht und jenes Drama vergessen läßt, das einmal hier abrollte.

Nachrichten aus aller Welt

STUTTGART. Am Montag begann in Ludwigsburg vor einem Mittlern amerikanischen Militärgericht die Verhandlung gegen den verantwortlichen Herausgeber des kommunistischen Informationsblattes „Radisches Volkstuch“, Kurt Weber. Der Angeklagte soll Gerichte verbreitet haben, die nach Ansicht der Militärregierung dazu angetan waren, die Bevölkerung zu erregen und so zu erschrecken.

MÜNCHEN. Der Kreisverband München der SPD erklärte, daß er den bayerischen Staatskommissar für die rassistische, religiöse und politische Verfolgung, Dr. Philipp Auerbach, nicht mehr zu seinen Mitgliedern zählt. Dr. Auerbach weigerte sich, dem Beschluß des Parteivorstandes zu entsprechen und aus der PVN auszutreten. Dr. Auerbach besteht demgegenüber auf einem ausdrücklichen Parteiverfahren.

MÜNCHEN. Der Stadtrat von Bad Reichenhall hat die zuständigen amerikanischen Stellen gebeten, das Kasernenviertel freizugeben, das 90 größere Gebäude umfaßt und im Augenblick nur von 3000 DP's bewohnt wird.

BAD KISSINGEN. Freunde Dr. Otto Strassers, der Gegenpartei Hitlers, wollen einen „Bund für Deutschlands Erneuerung“ gründen und seine Lizenzierung zunächst als Landesverband in Bayern beantragen. Das Ziel des Bundes ist die Verwirklichung des Programms Strassers, das 1944 in einer Schrift „Deutschlands Erneuerung“ niedergelegt worden ist. Strasser selbst will Anfang 1949 nach Deutschland zurückkehren.

BERLIN. Die britischen Behörden haben für ihre Zone die in der Schweiz erscheinende Zeitung „Neue Politik“ verboten. Sie begründen die Maßnahme damit, daß diese Zeitung die Lehren des Nationalsozialismus verbreiten wolle. In der Schweiz wenig gelesen, würde diese Zeitung doch in starker Auflage in der britischen Zone verbreitet.

BERLIN. Dreißig Deutsche, die in Polen wegen Kriegsverbrechen angeklagt waren, sind nach Verurteilung ihrer Strafe oder nach ihrem Freispruch auf freien Fuß gesetzt worden.

LONDON. In Manchester haben 3000 Gewerkschaftsmitglieder eine Entschließung angenommen,

in der die Regierung und der Generalrat der Gewerkschaften aufgefordert werden, alle Maßnahmen zur Bekämpfung des kommunistischen Einflusses in der Gewerkschaftsbewegung zu ergreifen.

LONDON. Staatssekretär Marshall, Winston Churchill, dem Dichter Walter de la Mare, Alexander Fleming, dem Erfinder des Penicillins und dem Erzbischof von Canterbury, Dr. Fischer, ist am Montag von der Londoner Universität der Ehrendoktor verliehen worden. Churchill hat damit sein 14. Ehrendoktorat erhalten.

ROM. Im Prozed gegen den ehem. Marschall Graziani stellte der Angeklagte fest, der italienische Diktator sei in der Gegenwart Hitlers wie gelähmt und bei dem Treffen in Salzburg im Jahr 1944 unfähig gewesen, auch nur ein Wort zu sprechen.

ROM. Der während des Krieges als Kommandant der Insel Rhodos eingesetzt deutsche General Wagner wurde von einem römischen Kriegsgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt mit der Begründung, die Mißhandlung italienischer Zivilverfangener und die Ermordung zahlreicher Juden veranlaßt zu haben. Zwei weitere Angeklagte wurden zu zehn und zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

BUKAREST. Die rumänische Regierung hat die jugoslawische Regierung ersucht, alle jugoslawischen Professoren und Lehrer, die in Rumänien unterrichtet, abzuberufen, weil, wie es in der Begründung heißt, diese Lehrkräfte gegen die demokratische Staatsordnung in der rumänischen Volkrepublik intrigiert hätten.

CARACAS. Das Kabinett von Venezuela ist, um eine Regierungsumbildung zu ermöglichen, zurückgetreten. Man rechnet mit einer Krise von 14 Tagen. Gerüchte über eine Angriffsabsicht Venezuelas auf die dominikanische Republik wurden demontiert.

TOKIO. Im Verlauf strategischer Besprechungen zwischen General McArthur und verschiedenen amerikanischen höheren Militärs des Fernen Ostens beschäftigte man sich mit der Frage, wie ein Überraschungsangriff auf Japan, ein neues „Pearl Harbour“, verhindert werden könnte.

Die Griechenlandreise

W.G. Nach zweitägigem Aufenthalt in Athen ist Staatssekretär Marshall über Rom nach Paris zurückgekehrt, ohne daß über den Zweck dieser mitten während der UN-Tagung durchgeführten Extratour mehr als formale Erklärungen bekanntgegeben worden wären. Es war gewiß kein Zufall, daß gleichzeitig Einheiten der amerikanischen Mittelmeerflotte im Piräus vor-Anker lagen, und daß die Presse der Türkei über dieses Wochenende eine beispiellos aggressive Sprache gegen die benachbarte Sowjetunion anzuschlagen gewagt hat. „Es genügt nicht, den Kommunismus in Ländern wie Großbritannien und den USA auszurotten. Es ist vor allen Dingen erforderlich, seine Führung zu vernichten. Wenn man sich fragt, wo dies zu geschehen hat, so bleibt nur eine Antwort: in Rußland selbst. Das Ziel der Armeen der zivilisierten Menschheit muß Moskau sein.“ So schrieb die dem türkischen Außenministerium nahestehende Zeitung „Ulus“. Nach all dem ist anzunehmen, daß Marshall angesichts der kompromißlosen Haltung Wyszynskis in Paris ostentativ das Forum der Vereinten Nationen verlassen und auf den Boden der Trumandoktrin herabsteigen wollte, die den Russen gerade im Nahen Osten ein unmißverständliches Halt gebietet.

Aber ebenso wie eine Demonstration nach außen war der Marshallbesuch ein warnender Fingerzeig nach innen, der niemand anderem galt als der griechischen Regierung selbst. Schon in der Kongreßbotschaft vom 12. März 1947, in der Truman die Gewährung einer 400-Millionen-Dollarhilfe und die Entsendung von zivilen und militärischen Fachkräften nach Griechenland und der Türkei gefordert hatte, heißt es: „Das bedeutet nicht, daß die Vereinigten Staaten alles, was die griechische Regierung getan hat oder tun wird, billigen. Die Regierung Griechenlands ist nicht vollkommen. Es ist von der größten Bedeutung, daß wir die Verwendung der gewährten Mittel überwachen, sodaß jeder Dollar, den wir ausgeben, dazu beiträgt, Griechenland auf eigene Füße zu stellen und ein Wirtschaftssystem zu errichten, in dem eine gesunde Demokratie gedeihen kann.“ Dieses Ziel wurde von dem monarchistisch-liberalen Koalitionskabinett Sophoulis nicht erreicht.

Anläßlich des langerwarteten und doch nicht endgültigen Sieges über General Markos in diesem Sommer forderte die amerikanische Presse, daß die wirtschaftlichen und militärischen Erfolge, die allein der USA-Mission zu verdanken seien, durch eine politische Reform vollendet werden müßten. Die „korrupte“ Regierung müsse durch eine neue, aus freien Wahlen hervorgehende ersetzt werden. Denn die Royalisten, die das Heft in der Hand haben, spekulieren, daß ihnen die amerikanisch-russische Weltspannung die Anwendung diktatorischer Methoden im Innern gestatte. Je unfähiger sie an der Nordfront waren, desto strenger zeigten sie sich in den Sondergerichten. Und im übrigen wirtschafteten sie in die eigenen Taschen.

„Die gegenwärtigen Herrscher Griechenlands widersetzen sich den Reformbestrebungen der amerikanischen Mission, weil diese ihre privaten Interessen beeinträchtigen, und sie haben sich unfähig gezeigt, die materielle Hilfe, die sie von außen erhalten haben, in ehrenhafter Weise zu verwerten.“ So schrieb der gut unterrichtete „Manchester Guardian“ wenige Tage vor der Marshallreise. Damit sind zugleich deren eigenliche Hintergründe aufgezeigt. Um sich von Botschafter Grady und General Van Fleet Informationen zu verschaffen, wie es in den offiziellen Verlautbarungen hieß, hätte es des persönlichen Erscheinens des Staatssekretärs kaum bedurft. Wohl aber, um den griechischen Politikern den Kopf zu waschen. Denn die amerikanischen Steuerzahler sind nicht daran interessiert, daß ihre Gelder in ein Faß ohne Boden fließen. Die russische Bedrohung im Nahen und Mittleren Osten — man denke an den neu gewonnenen Sowjeteinfluß in Israel — erlaubt es noch weniger, daß man Zeit und Material ohne Wirkung verschwendet.

nobis summarischer Geschichtsdarstellung, die in einzelnen kurzen und präzis geschriebenen Abschnitten das Leben des bäuerlichen, bürgerlichen, adligen und klerikalen Schicht, die Wandlung der Herrschaft und ihrer Waffen durch 15 Jahrhunderte hervorragend anschaulich und kenntnisreich schildert. Dem Verlag ist anzurufen, bei einer zweiten Auflage die vielen Druckfehler bei Jahreszahlen und in den Sätzen zu tilgen.
Dr. Ernst Müller

Ein Rilke-Gedenkbuch

Die Literatur über Rilke fällt nachgerade eine Bibliothek für sich. Kein Jahr, das nicht neue Veröffentlichungen über ihn brachte. Vor allem sein Spätwerk, die „Sonette an Orpheus“ und die „Guinevere Elegien“, scheint noch immer unausgeschöpft, nicht zuletzt für die Befragung auf seine geläufige Problematik hin.
Elisabeth von Schmidt-Paulis „Rainer Maria Rilke“ gehört in die Reihe der Gedenkbücher, die von den Erinnerungen der Lou Andreas-Salomé, der Fürstin Marie von Thurn und Taxis, der Katharina Kippenberg so bedeutsam angeführt wird. Bereits 1941 in einem Schweizer Verlag erschienen und nunmehr von Böttger-Verlag, Lorch-Stuttgart, in einer schönen Ausgabe neu herausgebracht, gibt auch dieses Buch eine persönliche Begegnung mit dem Dichter eine eigene, unverwechselbare Farbe. Vor allem seine Münchener Zeit, auch die letzten Lebens- und Schaffensjahre erstehen vor dem Leser. Indessen spannt Elisabeth von Schmidt-Paulis den Bogen weiter, das Subjektive ihrer schwesterlichen Freundschaft will sich in einer Darstellung und Deutung des Werkes wiederfinden. Und man darf ihr zugestehen, daß sie dessen Stufen und Wandlungen, überhaupt das wirklich Gemachte der Rilkeschen Aussage nicht zuletzt an Hand mancher Briefe ebenso feinstnützig wie eindringlich nachzeichnet. Immer wieder spürt man das innige Vertrautsein mit dem, was dem Dichter vorahnte: „Orpheus zu werden, die ganze Schöpfung auf seinem tönenden Herzen zu tragen“. Nicht von ungefähr, daß sein Leben weder hier noch dort beheimatet, das es (wie die Verfasserin einmal sagt) ins Bodenlose gehängt war: Menschsein war für ihn ein begrenztes Gefäß — angefüllt allerdings von unbegrenztem Sein.
w. a.

Voraussetzungen landwirtschaftlicher Ertragssteigerung

Zu einem Sofortprogramm des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz

Von Dr. agr. Kurt Krebs, Leiter der Hauptabteilung Landwirtschaft im Landwirtschaftsministerium Württemberg-Hohenzollern

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist allgemein als ein Problem erster Ordnung erkannt. Der sachkundige Verfasser setzt sich hier in einem ersten Teil einer gründlichen Arbeit, kritisch mit dem Sofortprogramm auseinander, das der Allgemeine Gewerkschaftsbund von Rheinland-Pfalz zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung aufgestellt hat. In einem zweiten Teil, den wir in der nächsten Nummer veröffentlichen werden, unterbreitet er praktische Gegenvorschläge. Die Redaktion.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz ist als Anwalt der Interessen der immer noch unzureichend ernährten Stadtbevölkerung und der industriellen Arbeiterschaft vor einiger Zeit an die Länder- und Militärregierungen der drei Westzonen mit einem Sofortprogramm zur Steigerung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion herangetreten. Dieses Programm läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Maßnahmen in der Landwirtschaft

- a) Umstellung der Erzeugung und Modernisierung der Anbaumethoden nach dem Vorbild fortschrittlicher Betriebe
- b) Zwang zur Kultivierung aller noch nicht bebauten Nutzflächen.
- c) Überprüfung der landwirtschaftlichen Statistik durch Flurbegleichung von Erzeuger-Verbraucher-Kommissionen.
- d) Zusammenfassung der Dorfgemeinschaften zu Liefergemeinschaften, die auf der Grundlage der Selbstverwaltung für Anbau und Ablieferung haften, Produktionsmittel und Versorgungsgüter verteilen, Beschränkungen der staatlichen Erfassungskontrollen auf säumige Liefergemeinschaften.
- e) Ausdehnung des Schul- und Beratungswesens durch Schaffung von „Beratungsringen“ mit der besonderen Aufgabe, die Betriebsleistungen zu überprüfen.
- f) Abschichtung von Mastvieh zugunsten einer Verbesserung der Grundlagen für die Milchwirtschaft, Wiederaufbau der Schweinehaltung, allgemeine Verminderung des Viehbestandes zugunsten des Oelfruchtanbaus.

2. Maßnahmen in Industrie, Handwerk und Baugewerbe

- a) Vorrangige Behandlung aller Erzeugungszentren, die landwirtschaftliche Betriebsmittel herstellen.
- b) Zurückstellung aller nicht im unmittelbaren Interesse der landwirtschaftlichen Erzeugung liegenden Bauvorhaben.
- c) Freigabe der für Herstellung von Stickstoff erforderlichen Kohlenmengen.
- d) Kontrolle der industriellen und gewerblichen Lagerbestände im Interesse einer sofortigen Mobilisierung für Erzeugung und Verbrauch (durch die inzwischen erfolgte Währungsreform teilweise überholt).

3. Schaffung einer Kreditgrundlage im Interesse einer Ausweitung ausländischer Nahrungsmittelangebote zur Deckung des Bedarfs an Verbrauchsgütern, die nicht durch Eigenproduktion gewonnen werden können.

Der AGB stellt zu diesem Programm die folgenden Fragen:

- 1. Wird die Steigerung der Eigenproduktion als solche für überfällig gehalten und der Vorrang der auf dieses Ziel gerichteten Maßnahmen bestritten? (Deckung des Nahrungsdefizits durch Einfuhr.)
- 2. Inwieweit erscheinen, falls die erste Frage verneint wird, die vorgeschlagenen Maßnahmen als tauglich oder unbrauchbar?
- 3. Welche positiven Gegenvorschläge werden gemacht?

Grundsätzlich muß selbstverständlich die erste Frage verneint werden. Indessen wird auch nach Ausschöpfung aller erdenklichen Möglichkeiten einer Erzeugungsentlastung ein Nahrungsdefizit verbleiben das durch Einführen ausgeglichen werden muß.

Die Größe dieses Defizits wird stets sehr wesentlich von dem Umfang der Betriebsmittel abhängen, die der Landwirtschaft unter Berücksichtigung privat- und betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden können.

Im wesentlichen entscheidend für eine Intensivierung ist die Schließung der gegenwärtig immer noch weit auseinanderklaffenden Schere der Preise für landwirtschaftliche Erzeugungsmittel gewerblicher Herkunft einerseits und für die vom Erzeuger dem Markt zugeführten Lebensmittel andererseits. Da als Grundaufgabe jeder normalen Volkswirtschaft die ausreichende Ernährung der Bevölkerung anzusehen ist, haben alle Maßnahmen, die der Erreichung dieses Ziel dienen vorrangige Bedeutung.

1. Maßnahmen in der Landwirtschaft

a) Umstellungsplan für die Erzeugung

Die vorgeschlagene Maßnahme wird grundsätzlich befürwortet, und zwar besonders in Anbetracht der offenbar auch auf industrieller Seite gewonnenen Erkenntnisse, daß man der Landwirtschaft unentgeltlich die Betriebsmittel zur Verfügung stellen muß, deren sie bedarf, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Diese unerlässlichen Betriebsmittel sind: 1. Düngemittel, 2. Schädlingsbekämpfungsmittel, 3. Maschinen, Geräte, Kraftloft und -strom, 4. Baumstoffe.

Wie bereits angedeutet, tritt in diesem Zusammenhang die erste Schwierigkeit insofern in Erscheinung, als die vom landwirtschaftlichen Erzeuger zu erzielenden Preise für Betriebsmittel industrieller Herkunft in einem schlechten Verhältnis zu den Einnahmen stehen, die er für seine Erzeugnisse erzielt. Diese Tatsache wird der Erreichung des Produktionsoptimums so lange entgegenstehen, bis eine den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in vollem Umfang Rechnung tragende Preisregelung auf dem Betriebsmittelmarkt verwirklicht worden ist.

Wenn in Anbetracht der völlig unzureichenden Ernährungslage der städtischen Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft der Allgemeine Gewerkschaftsbund eine grundsätzliche Wandlung dieser auf die Dauer unerlässlichen Verhältnisse herbeiführen will, so muß diese Gelegenheit ergriffen werden, um in gemeinsamen Bemühungen eine Grundlage zu schaffen, die dem Bauern und Landwirt die wirtschaftlichen Voraussetzungen bietet, auf seinen Anbauflächen solche Höchstserträge zu erzielen, die bei Anlegung strenger Maßstäbe nicht mehr übertroffen werden können. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die mit der Planung und Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung beauftragten Dienststellen infolge der mit der Währungsreform eingetretenen Veränderung der Wirtschaftslage gezwungen worden sind, ihre Vorschläge nicht mehr allein nach dem agrarischen Erreichbaren, sondern vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der geschwundenen Finanzkraft und der damit verbundenen einseitigen Aufnahmefähigkeit für unerlässliche Betriebsmittel aufzustellen.

Wird in diesem Zusammenhange das für eine sofortige Leistungssteigerung wichtigste Erzeugungsmittel Kunstdünger einer besonderen Würdigung unterzogen, so dürfte die nachstehend für das Gebiet der französischen Besatzungszone gebrachte Gegenüberstellung von tatsächlichen Bedarf (der in Anbetracht der durch die langen Kriegs- und Nachkriegsjahre bedingten Verarmung der Böden besonders hoch liegt) mit der auf Grund sorgfältiger Erhebungen ermittelten Aufnahmefähigkeit ein Schlaglicht auf die hier bestehenden Probleme werfen, die Rückschlüsse auf alle anderen Gebiete der Betriebsmittelwirtschaft zulassen:

(Zahlenangaben in t)

	Stickstoff	Phosphorsäure	Kali	Kalk
a) tatsächlicher Bedarf	57 000	107 000	107 000	200 000
b) finanziell bedingte Aufnahmefähigkeit davon für Württemberg-Hohenzollern:	45 000	30 000	77 000	150 000
a) tatsächlicher Bedarf	15 000	22 500	30 000	60 000
b) finanziell bedingte Aufnahmefähigkeit	7 000	15 000	15 000	50 000

Prof. Dr. Dr. h. c. Münzinger, Hohenheim, und seine Mitarbeiter haben in eindringlicher Weise längere Zeit vor der Währungsreform in voraussehender Erkenntnis der Tragweite und der Auswirkungen der erwarteten Geldvermehrung die Gestaltungskosten in den verschiedenen Gebieten und Betriebsgrößen der württembergischen Landwirtschaft ermittelt. Die errechneten Durchschnittsergebnisse haben auch über die Grenzen Württembergs hinaus Wirklichkeitwert und müssen bei allen Forderungen auf Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung gebührend berücksichtigt werden.

Es sei darauf hingewiesen, daß in Münzingers Berechnungen allerdings eine nur 40prozentige Steigerung der Industriepreise nach der Währungsreform in ihren Rückwirkungen auf die landwirtschaftliche Erzeugung zugrunde gelegt wurde. Hierbei ergaben sich folgende Gestaltungskosten für die wichtigsten Nahrungsmittel:

Preissenkung für Industrieerzeugnisse notwendig

Die Schließung der Preisschere als unabdingbare Voraussetzung für höchstmögliche Intensität in der landwirtschaftlichen Erzeugung muß also von der Seite des industriellen Sektors her erfolgen.

Es kann mit der Erreichung der höchstmöglichen Intensitätsstufe in der Landwirtschaft nicht gerechnet werden, solange der Preis für Betriebsmittel nicht landwirtschaftlicher Herkunft im Durchschnitt 200 Prozent des Vorkriegsstandes ausmacht. Hier ist der Ansatzpunkt zur Lösung des Problems der Erreichung von Höchstleistungen in der Landwirtschaft. Die für die landwirtschaftliche Erzeugung verantwortlichen Kreise und Dienststellen ergreifen mit Interesse die dargebotene Hand der Arbeitergewerkschaften im festen Vertrauen auf die Bereitschaft, nichts unversucht zu lassen, um eine fühlbare Senkung der Preise für Betriebsmittel industrieller Herkunft herbeizuführen.

Bei der Ausrichtung der Agrarproduktion müssen die beiden folgenden grundsätzlichen Gesichtspunkte in ihren Folgerungen klar erkannt werden:

entweder:

Steigerung der Erzeugung bis zur agrarisch gegebenen Höchstgrenze, selbst unter Inkaufnahme einer Verschuldung der landwirtschaftlichen Erzeugerbetriebe, wie sie besonders in Deutschland in den 19 Jahren nach dem ersten Weltkrieg festzustellen war, was früher oder später zum Ruin der Landwirtschaft führen müßte,

oder:

Anpassung der Intensitätsstufe an die jeweils gegebene Wirtschaft-, Markt- und Finanzlage, d. h. also Berücksichtigung der Konjunktur unter Hinanstellung der agrarisch gegebenen Produktionsmöglichkeiten nach dem Muster der französischen Landwirtschaft, die erfahrungsgemäß bei mehr oder weniger extensiver Wirtschaftsführung einigermassen schuldenfrei allen Wirtschaftskrisen begegnen konnte.

Auf Seiten der Landwirtschaft besteht seit langem Klarheit über die für sie bestehenden Verpflichtungen, alle denkbaren Möglichkeiten zur Ertragssteigerung auszuschöpfen. Unter diesen hat, besonders in den Realteilungsgebieten, die Flurbereitstellung hervorragende Bedeutung. Es muß erwähnt werden, daß die Flurbereitstellung und -dienststellen unabhängig an der Durchführung dieser überaus wichtigen Aufgabe arbeiten.

Entsprechende Vorschläge zur Überwindung der Ernährungskrise werden im einzelnen in Beantwortung der dritten Frage näher ausgeführt und müßten den Sachverständigenkommissionen, deren Bildung vom AGB angestrebt wird, als Verhandlungsgrundlage vorgelegt werden.

b) Anbauzwang

Am Anfang und Ende jeder Erzeugung — und das gilt ganz besonders für die Landwirtschaft — stehen betriebs- und finanzwirtschaftliche Erwägungen. Dessen Bedeutung tritt nach der Währungsreform, wie bereits hervorgehoben, hervorragend in Erscheinung. Diese Erwägungen und Überlegungen stehen auf dem Agrarsektor im Zeichen des jeweils erreichbaren Ertragsoptimums. Diesen Sachverhalt zu würdigen, ist man gezwungen, wenn man die Forderung des Anbauzwanges ausspricht. Es wird nicht verkant, daß der AGB den Begriff „Anbauzwang“ nur in dem Sinne verstanden wissen will, daß landwirtschaftlich nutzbare Böden in irgendeiner den jeweiligen Verhältnissen angemessenen Form ihrer Bestimmung zugeführt werden, nicht aber in dem Sinne, daß mit dem Anbauzwang auch ein bestimmter Planungszwang im Hinblick auf bestimmte Anbauarten verbunden werden soll. Diese in den Jahren nach dem Zusammenbruch häufig gestellte Forderung hat in zahlreichen Fällen empfindliche betriebswirtschaftliche Störungen hervorgerufen, die hätten vermieden werden können, wenn man dem einzelnen Betriebsinhaber die Gestaltung der Anbauform seiner Wirtschaft überlassen hätte.

Zur Frage des richtig verstandenen Anbauzwanges ist zu sagen, daß erfindbare Brachflächen, die sich für die Einbeziehung in eine normale Viehfleischwirtschaft eignen, kaum vorhanden sein dürften. Ausgesprochene Brachflächen sind heute nur noch innerhalb von ehemalsigen Wehrmachtsgeländen anzutreffen. Diese aber sind trotz aller Bemühungen bisher nicht von den Militärregierungen für landwirtschaftliche Nutzung freigegeben worden. Darüber hinaus kann wohl nur an Flächen gedacht werden, auf denen eine intensive Nutzung nur zu Erträgen zettigen würde, die in kein Verhältnis zu dem eingesetzten Mehraufwand zu bringen wären, wie z. B. zur Schafhaltung genutzte Oedländerien. Wenn ein unter den Durchschnittserträgen liegender Ertrag in Kauf genommen

	Mittlerer Bedarf (deutsches Land Arbeitskraft)	Größt. Bedarf mit Überwindung Leistung
Winterweizen	27,1	19,6
Winterroggen	25,6	19,0
Sommergerste	27,8	19,9
Hafer	24,5	16,8
Erbsen	48,9	40,5
Winterraps	65,6	71,0
Zuckerrüben	5,0	4,1
Kartoffeln	10,6	9,4
Milch	34,2	30,2

Außer acht gelassen wurden in dieser Aufstellung die kleineren Familienbetriebe, in denen

die Erzeugungskosten noch wesentlich höher liegen. Man erkennt also ohne weiteres, daß auch die gegenwärtigen Agrarpreise in einem schlechten Verhältnis zu den Produktionskosten stehen.

Will man die Betriebe bis zur Größenklasse von 50 ha als bäuerlich ansprechen, in denen also der Handarbeitsanteil des Inhabers und seiner Familienangehörigen den Ausschlag gibt, so wurden 74,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands in seiner Ausdehnung vor 1933 in klein- bis mittelbäuerlicher Betriebsstruktur bewirtschaftet, was bei allen Preisgestaltungsforderungen beachtet werden muß.

Die Landwirtschaft ist sich darüber klar, daß nach der in den vergangenen Wochen erfolgten Neufestsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse eine weitere Steigerung nicht möglich ist, da schon die heutigen Preise eine erhebliche Belastung des Haushaltes der städtischen Bevölkerung und industriellen Arbeiterschaft darstellen.

werden soll, so muß auch hier wieder Aufwand und Ertrag gegenübergestellt werden.

Eng verknüpft mit der Frage des Anbauzwanges ist weiterhin die des Schutzes der deutschen Agrarerzeugung vor etwaiger Überflutung durch überseische Erzeugnisse. Eine solche ist zwar einzuweisen noch nicht zu befürchten, muß jedoch in Planungen auf längere Sicht in Betracht gezogen werden. Mit einem Anbauzwang ist aber folgerichtig auch eine Abnahmeverpflichtung verbunden. Wenn nach und nach im Augenblick so doch in fernerer Zukunft, muß es dem deutschen Bauern überlassen bleiben, seinen Betrieb auf solche Erzeugnisse hin einzurichten, die unter allen Umständen Gewähr für Abnahme zu angemessenen Preisen bieten. Infolgedessen wird mit Recht die Verlagerung nach der Seite der Veredlungswirtschaft hin gefördert.

c) Überprüfung der Statistik

Wer die Schwierigkeiten einer Überprüfung der landwirtschaftlichen Statistik unter den gegenwärtigen Verhältnissen kennt, wird verstehen, daß mit den vorgeschlagenen Flurbegleichungen durch Erzeuger-Verbraucher-Kommissionen kein zuverlässiges Ergebnis erzielt wird. Die für landwirtschaftliche Höchstleistungen Verantwortlichen haben im allgemeinen bei Festsetzung alter Anbau- und Ablieferungsaufgaben von sich aus die statistisch ermittelten Zahlen um beträchtliche Prozentsätze erhöht. Laienkommissionen, die nicht über langjährige Erfahrungen verfügen, könnten das weder wagen noch vertreten.

Es muß in diesem Zusammenhange mit Deutlichkeit auf eine Tatsache hingewiesen werden, die sich aus allen Beobachtungen und Untersuchungen ergibt: daß nämlich die landwirtschaftliche Statistik stets mit einer bedeutenden Ungenauigkeit behaftet war. Deren Bedeutung wurde in Zeiten der Fülle vernachlässigt, während sie in Zeiten der Not nur zu gern und teils mit Recht durch das Vergrößerungsglas angesehen wird.

Statistische Angaben, die selbst mathematisch genaue Nachrechnungen, können, wie das folgende Beispiel zeigen wird, nur von Facultäten ausgewertet werden, die mit den Verhältnissen vertraut sind.

Um allen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Adressliste Württemberg-Hohenzollern ein Ende zu setzen, sind durch das Personal der sicher in keiner Weise beeinflussten Katasterämter in 126 Gemeinden des Landes, die etwa 20 Prozent der Gesamtackerfläche umfassen, Nachmessungen der laut Bodenbenutzungserklärung ermittelten Anbauflächen vorgenommen worden. Die im Durchschnitt des Landes festgestellten Flächen liegen um 19,8 Prozent unter den Erklärungen zur Bodenbenutzung von 1935 und um 3,2 Prozent über den gleichen Angaben von 1947. Die Nachmessungen ergaben rund 247 600 ha. Wenn trotz dieses mathematisch kaum anzufechtenden Ergebnisses des Landwirtschaftsministeriums beabsichtigt, seine Veranschlagung auf der Grundlage von 325 000 ha, d. h. also über um 32,9 Prozent größeren Fläche, vorzunehmen, so wird man erkennen, daß hiermit eine nur auf Sach- und Landeskunde beruhende Verantwortung verbunden ist, die alle Inkompetenzen — nicht erfassbare Fehlerquellen und Unbrauchbarkeiten von nicht innerhalb der engeren Fruchtfolge

„Stalin ist nicht unfehlbar“

BELGRAD. Obwohl die jugoslawische Außenpolitik bemüht ist, die Brüche zur UdSSR nicht abzubrechen und von der Denuklearisierung bis zur gegenwärtigen UN-Vollversammlung die Linie des Ostblocks eingehalten hat, so wird doch die Kluft zwischen Belgrad und den Kominformstaaten publizistisch immer wieder erneut unterstrichen. Während bisher in dem Streit Jugoslawiens mit dem Kominform die besondere Nennung Rußlands und vor allem Stalins vermieden wurde, wird jetzt in einer ungezeichneten, aber vermutlich von Tito selbst stammenden Artikelserie Stalins Name genannt: „Stalin mag die größte lebende Autorität des Sozialismus sein, aber er ist nicht unfehlbar. Die Wahrheit in der Auseinandersetzung zwischen dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens liegt nicht auf Stalins Seite, sondern auf der Jugoslawiens.“ Das bolschewistische Zentralkomitee, so führt der Artikelschreiber weiter aus, möge mit Autorität gesprochen haben, aber die Wahrheit komme von der Autorität. Das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunistischen Partei sei nicht nur politischer Fehler, sondern des Verrats bezeich-

liegenden Flächen (Brachland ist hiermit nicht gemeint) im Interesse einer Intensivierung der Erzeugung berücksichtigt. Derartige Entscheidungen können von den vorgeschlagenen Kommissionen nicht getroffen werden.

d) Schaffung von Liefergemeinschaften und Einschränkung behördlicher Kontrollen

Die vorgeschlagene Zusammenschließung von Dorfgemeinschaften zu Liefergemeinschaften erinnert stark an die Ortsbauernschaften des Reichs, nicht nur, wenn man die Frage nicht unter politischem Gesichtswinkel betrachtet will, sondern auch die ihnen zugedachte Aufgabe erfüllt haben. Insofern wäre der Vorschlag annehmbar.

Es bleibt jedoch zu bedenken, daß auf die behördlichen Kontrollen nach allen Erfahrungen im bisherigen Umfange so lange nicht verzichtet werden kann, als infolge anhaltender Mangellage der Schwarzmarkt weiter besteht, so sehr dies auch seitens der Landwirtschafts- und Ernährungsdienststellen bedauert werden mag.

Die Verteilung der Produktionsmittel und Versorgungsgüter kann wegen der damit verbundenen finanziellen Operationen kaum über die Liefergemeinschaften laufen. Sie könnten lediglich lenkend eingeschaltet werden.

e) Ausdehnung des Schul- und Beratungswesens, Überprüfung der Betriebsleistungen

Die Anregungen sind in jeder Weise gutzuheißen. Es kann jedoch noch nicht übersehen werden, ob eine ausreichende Anzahl von erfolgreichen Praktikern des Landes für die Bildung der „Beratungsringe“ zur Verfügung stehen wird.

f) Abschichtung von Mastvieh zugunsten der Milchwirtschaft

Nach den harten Eingriffen, die die Viehwirtschaft nicht nur der Länder der französischen Besatzungszone, sondern Gesamtdeutschlands hat ertragen müssen dürfte wohl von der Notwendigkeit, Mastvieh abzuschichten, kaum noch zu sprechen sein. Es kann auch der städtischen Bevölkerung nicht entgangen sein, daß bei der zur Deckung des Mindestfleischbedarfs durchgeführten Schlachtviehaufbringung in den vergangenen Jahren selbst die Milchviehbestände in empfindlichen Maße herabgezogen wurden. In Württemberg-Hohenzollern sind beispielsweise die Milchviehbestände um 20 Prozent zurückgegangen. Diese empfindliche Verminderung findet ihre Erklärung vor allem darin, daß in normalen Zeiten im württembergischen Raum die Hindermast als primäres Produktionsziel nicht betrieben wurde, weil, bedingt durch die klein- und mittelbäuerliche Struktur der Landwirtschaft, die Milchproduktion im Vordergrund stand. Schlachttiere fielen im wesentlichen als Nebenprodukt in Form von ausgenutzten Milchtieren, untauglichen Zuchtieren und Kälbern, soweit sie nicht zur Nachzucht benutzt wurden, an. Wenn der landwirtschaftliche Erzeuger in gesundem Abwehrwillen fast für jedes zwangsweise aufgebrachte Stück Vieh ein Kalb zur Ergänzung des Bestandes aufgestellt hat, so ist dadurch zwar die Gesamtzahl der Rinder nur wenig gegenüber der Vorkriegszeit gesunken, die damit verbundene Verjüngung des Bestandes hat jedoch eine bedenkliche Verschlechterung des Verhältnisses von Erzeugungszu Lebenserhaltungsfutter zur Folge gehabt.

Der Vorschlag, die Schweinehaltung wieder aufzubauen, wird mit Interesse aufgenommen, da diese in der Veredlungswirtschaft nach der Milchzeugung die günstigsten Leistungen aufzuweisen hat.

Was den im Zusammenhange hiermit vom AGB erwähnten Oelfruchtanbau betrifft, so ist nach allen bisher gemachten Feststellungen die Behauptung, daß auf der gleichen Fläche gegenüber der Schweinemast das Fünffache der Fettmenge durch Oelfrüchte erzeugt werden kann, mit einiger Skepsis aufzunehmen. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß Raps und Rüben, an die wohl in erster Linie gedacht wird, in unseren Gegenden nur unsichere Erträge bringen, während beim Schwein auch noch das Fleischgewicht mit in Anschlag gebracht werden muß. Nichtsdestoweniger soll der Oelfruchtanbau, und zwar besonders der Mohn, gefördert werden, was durch die Erhöhung der Preise am wirksamsten bereits geschehen ist. Immerhin muß es dem Einzelzeuger überlassen bleiben, zu entscheiden, ob in seinem Betrieb der Anbau betriebswirtschaftlich gerechtfertigt erscheint oder nicht. Unter unsicheren Erzeugungsverhältnissen ist es zweifellos besser, 170—180 dt Kartoffeln anstatt etwa 11 dt Raps zu erzeugen. Die Kartoffeln erbringen selbst im Veredlungsverfahren über den Schweinemast wesentlich mehr Kalorien in Form von Eiweiß und Fett als die 11 dt Raps.

2. Maßnahmen in Industrie, Handwerk und Baugewerbe

Die einleitend erwähnten Maßnahmen werden in der Form, wie sie vom AGB zur Durchführung in der Montan- und Maschinenindustrie, dem Handwerk und in der Bauwirtschaft vorgeschlagen worden sind, in vollem Umfange begrüßt. Nähere Einzelheiten hierzu werden bei Beantwortung der dritten, die Gegenvorschläge betreffenden Frage gebracht.

3. Schaffung einer Kreditgrundlage zur Deckung des Nahrungsdefizits durch Einfuhr

Mit dem Anlaufen des Marshall-Planes sind hierfür die ersten Grundlagen geschaffen worden. Welcher Erfolg den gemeinsamen Intensivierungsbestrebungen auch immer beschieden sein mag, es wird selbst bei großzügigster Schätzung nicht damit gerechnet werden können, daß in den drei Westzonen mehr als 70 Prozent aus der Eigenproduktion gewonnen werden können. Die finanziellen Voraussetzungen für die Rückverlegung gewählter Kredite und die Bezahlung zukünftiger Einfuhren können nur durch einen ausreichenden Industrieexport geschaffen werden.

Es wird nicht verkant, daß der AGB den Begriff „Anbauzwang“ nur in dem Sinne verstanden wissen will, daß landwirtschaftlich nutzbare Böden in irgendeiner den jeweiligen Verhältnissen angemessenen Form ihrer Bestimmung zugeführt werden, nicht aber in dem Sinne, daß mit dem Anbauzwang auch ein bestimmter Planungszwang im Hinblick auf bestimmte Anbauarten verbunden werden soll.

Ein aussichtsloser Antrag

PARIS. Die emigrierten Führer der ehemaligen osteuropäischen Bauernpartei haben unter Führung des früheren polnischen Ministerpräsidenten Mikolajczyk an die Vollversammlung der Vereinten Nationen ein Memorandum gerichtet. Darin beschuldigen sie die Sowjetunion „im Namen von mehr als 100 Millionen Menschen“, in den osteuropäischen Ländern die Charta der Vereinten Nationen und alle übrigen internationalen Abkommen zu verletzen. Das Politbüro übe eine direkte Kontrolle über die internen Angelegenheiten der Länder aus, die unter kommunistischer Herrschaft stehen. Das Memorandum verlangt von den Vereinten Nationen, daß sie die Verletzungen der internationalen Abmachungen verurteilen und die Sowjetunion verpflichten, sich aus den Ländern „hinter dem eisernen Vorhang“ zurückzuziehen und ihnen ihre Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu geben.

Der Landwirtschaftsminister zur Ernährungslage

Keine weiteren Preiserhöhungen / Versorgung sichergestellt

Landwirtschaftsminister Dr. Weiß nahm am Dienstag vor Vertretern der Presse Stellung zu folgenden Fragen der Bewirtschaftung von Lebensmitteln in der französischen Zone, die Preiserhöhungen, die Entnahme von Lebensmitteln durch die Besatzungsmacht, Gesamtbeurteilung unserer Ernährungslage heute und im kommenden Winter und endlich zu der Frage des Anschlusses an die Bizone. Der Minister führte nicht ohne Kritik an dem Vorgehen der Bizone aus, daß auf diesem Sektor keine Experimente zulässig seien. Er gebe hier nur die Alternative Ordnung oder Chaos. Durch die läßt die Freiheit in den amerikanisch besetzten Nachbarländern wäre auf manchen Gebieten auch unsere Versorgungslage bedenklich geworden, die Regierung tut aber ihrerseits jetzt alles, um die Zügel wieder in die Hand zu bekommen. Der Minister lehnte den sogenannten „gespaltenen Markt“, das heißt die Trennung in bewirtschaftete und freie Nahrungsmittel einerseits, sowie die Aufspaltung innerhalb des einzelnen Nahrungsmittels in eine bewirtschaftete und eine freie Quote andererseits, im Prinzip ab. Der Staat will in Zukunft wieder sein Kontrollrecht mit aller Schärfe handhaben: Metzgereien und Gaststätten werden auf markenfremde Abgabe von Lebensmitteln hin überwacht werden. Bei Verstößen sind relativ hohe Strafen und Schließungen vorgesehen. Straßen- und Bahnkontrollen werden die Tätigkeit der Betriebsprüfer ergänzen.

Aufbau unserer Viehbestände berücksichtigt. Erfreulich ist, daß die Milch- und Fetteierzeugung gegenüber dem Vorjahr ganz erheblich anstieg. Gegenüber 24 Eiern je Kopf im Jahre 1946 rechnet man mit einer möglichen Ausgabe von 26 bis 40 Eiern je Kopf im nächsten Jahre.

Der Minister wies darauf hin, daß zwar für Milch, Kartoffeln, Schmalz und Getreide die Preiserhöhungen noch nicht geschlossen sei, lehnte aber weitere Erhöhungen mit aller Entschiedenheit ab. Das Ziel müsse natürlich sein, ein angemessenes Verhältnis zwischen Lohn- und landwirtschaftlichen Preisen zu erreichen. Die Verwirklichung dieses Zieles werde aber angestrebt nicht durch weitere untragbare Preiserhöhungen, sondern vielmehr durch Senkung der Produktionskosten, insbesondere durch Verbilligung von Düngern und Maschinen. Nach der Statistik seien die der Landwirtschaft zugute kommenden Verkaufserlöse im ganzen um über 20 Prozent gestiegen. Damit müsse es aber sein Bewenden haben, die Entwicklung in der Bizone sei für uns unannehmbar.

Seit 1. Oktober finde keine Entnahme von Nahrungsmitteln durch die Besatzungsmacht mehr statt. Kalorienmäßig sei nunmehr im wesentlichen der Anschluß an die Bizone erreicht. Die zunehmende Einfuhr von Auslandsgut werde es in Verbindung mit der auf 1. Oktober angeordneten ersten Ablieferungsquote unserer eigenen Landwirtschaft ermöglichen, die gegenwärtige Spannung an Brot, Mehl und Teigwaren auszugleichen. Die Ausgabe von 200 g Fett sei gesichert. Hervorgehoben wurde, daß wir nunmehr auf zwei Drittel der sogenannten Vorkriegsbudgetation (2000 Kalorien) vor dem Krieg der deutsche Durchschnittsverbrauch) gelangt seien und daß damit die Periode der Hungerrationen überwunden wäre.

Der ursprünglich auf 1. November vorgesehene Anschluß an die Bizone sei zwar kalorienmäßig nahezu erreicht, rechtlich aber noch nicht vollzogen. Dr. Weiß wies bezüglich dieser Frage darauf hin, daß die Eingliederung unserer Zone nicht nur Vorteile mit sich bringen werde, sondern daß damit in mancher Beziehung auch Schlechtverhältnisse verbunden wären. Der Minister vertritt deshalb die Auffassung, daß vom Ernährungssektor her keine Veranlassung bestünde, den Anschluß zu überstürzen oder auch nur zu beschleunigen.

den Geschäften, insbesondere in Lebensmittelhandlungen durch, um überhöhte Preise und den illegalen Verkauf von Lebensmitteln festzustellen. Mehrere Firmen haben in letzter Zeit ausländische Lebensmittel und Luxuswaren ohne Preisabfertigung und mit stark überhöhten Preisen verkauft.

Lebensmittelkartenfälscher festgenommen

Stuttgart. Die Polizei verhaftete zwei Armerier, die im Besitz größerer Mengen gefälschter Krankenzulagekarten waren. Die Armerier hatten in einem Stuttgarter Lebensmittelgeschäft laufend Butter auf die gefälschten Karten eingekauft. Die Verkäuferin schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, so daß diese die Täter in dem Augenblick festnehmen konnte, als sie den Versuch unternahm, die Verkäuferin zu bestechen.

60 000 Wohnungen müssen erbaut werden

Stuttgart. Wenn der Vorkriegsstand an Wohnungen einigermaßen wieder erreicht werden soll, müssen in Stuttgart 60 000 Wohnungen, davon 42 000 Zweizimmerwohnungen erbaut werden.

Umschau im Lande

Der Feiertag „Allerheiligen“

Die Staatskanzlei teilt mit: Der Feiertag „Allerheiligen“ wird in den katholischen Bevölkerungskreisen durch Arbeitstruhe gefeiert. Es wurden Gottesdienste abgehalten und die Gräber der Angehörigen besucht. Eine allgemeine Arbeitstruhe ist durch die gesetzlichen Bestimmungen nicht angeordnet. Die Betriebe werden daher aufgefordert, den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen und soweit dies der öffentlichen Übung entspricht, an Allerheiligen zu schließen. Den katholischen Angehörigen von Betrieben, in denen an Allerheiligen gearbeitet wird, ist auf deren Wunsch Gelegenheit zur Teilnahme am Gottesdienst und am Gräberbesuch zu geben. Die Unternehmer sind zur Zahlung des ausfallenden Lohnes nicht verpflichtet. Die Dienststellen des Staates und der Gemeinden bleiben in überwiegend katholischen Gegenden geschlossen; aber auch da, wo die Dienststellen nicht geschlossen werden, sind die katholischen Beamten und Angestellten vom Dienst zu befreien.

Lehrgang für Bodenbearbeitung

Ein Lehrgang für Bodenbearbeitung findet am 26. Oktober in Aulendorf im Gasthof „zum Löwen“ und am 28. Oktober im Ländehof in Horb statt. Die Eröffnung erfolgt 9 Uhr durch Landwirtschaftsminister Dr. Weiß. Es folgen Referate von Dr. Freese vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft über Methoden der Bodenbearbeitung, und Abteilungsrat Weigand über das Versuchsprogramm 1948/1949. Am Nachmittag schließen sich praktische Übungen und Vorträge an mit neuzeitlichen Schleppern und Bodenbearbeitungsgeräten in Verbindung mit Untergrundlockung.

Neuwahlen zur Ärztekammer

Nachdem die Wahlperiode der jetzigen Ärztekammer abgelaufen ist, haben die Vorbereitungen der Neuwahlen zur Ärztekammer begonnen. In diesen Tagen erscheint in allen Kreisblättern das Wahlausschreiben des Wahlleiters, dem Einzelheiten zu entnehmen sind. Die Wählerlisten liegen in der Zeit vom 19. bis 24. November 1948 bei der Ärztekammer und bei den einzelnen Gesundheitsämtern der Kreise zur Einsichtnahme auf.

Von der Kirchweihfeier in den Tod

Gemaringen. Im Anschluß an eine Kirchweihfeier wollte der Angestellte Hans Thahofer ein

Mädchen aus Ofterdingen auf seinem Leichtmotorrad nach Hause bringen. Zwischen Düllingen und Ofterdingen wurde er von einem Lastkraftwagen angefahren und auf den Bürgersteig geschleudert. Thahofer war sofort tot, seine Begleiterin mußte mit einem Schädel- und Beckenbruch in die Tübinger Klinik eingeliefert werden. Der Fahrer des Kraftwagens konnte noch nicht ermittelt werden. M-SpamzSRE qeD MWBCVlgms

Mit einer Pfropfpistole ins Auge geschossen

Sulza. N. Im Glockenturm der hiesigen Kirche vergnügten sich einige Jungen mit Spielen unter Verwendung einer Pfropfpistole. Als ein 14jähriger das Glockenzill zog, wollte ihn einer der Beteiligten durch einen Schuß aus der Pistole erschrecken. Er traf dabei seinen Kameraden ins linke Auge, so daß dieser ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Ob das Auge erhalten werden kann, ist fraglich.

Verkehrsunfall fordert drei Todesopfer

Fraudenstadt. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am vergangenen Sonntagabend auf der Straße Fraudenstadt-Batersbrunn. Der Fahrer eines ausländischen Lastkraftwagens, der in schneller Fahrt einen Personwagen überholte und diesen leicht rampte, verlor die Herrschaft über sein Fahrzeug, fuhr eine Böschung hinunter, wobei sich der Wagen überschlug. Der Fahrer und eine Frau waren sofort tot. Sechs auf der Ladefläche des Wagens mitfahrende Personen wurden schwer verletzt. In das Krankenhaus Fraudenstadt eingeliefert. Einer der Verletzten ist inzwischen gestorben.

„Woche des Laienspiels“ in Inzigkofen

Sigmaringen. Das Volkshochschulheim führt in der Zeit vom 7. bis 13. November eine „Woche des Laienspiels“ durch. In der die Teilnehmer eingehend mit regieleschulischen Einzelheiten vertraut gemacht werden. In erster Linie ist an eine Teilnahme von Laienspielgruppen gedacht, doch können sich auch Jugendverbände daran beteiligen.

Zwei Schwerverletzte bei einem Unfall

Balingen. Der Personenkraftwagen eines Frommner Möbelfabrikanten fuhr am vergangenen Montagmorgen in Balingen beim Ausweichen um einen abgestellten Pkw in voller Fahrt gegen einen aus Villingen kommenden Lastkraftwagen. Dabei wurden die beiden Insassen des Pkw sehr schwer verletzt und liegen in bedenklichem Zustand im Balingen Kreis-Krankenhaus.

Kinderheim des Roten Kreuzes

Schwenningen. In modernem Haus, auf soniger Höhe am Tannenwald gelegen, führt das Rote Kreuz sechswöchige Erholungskuren für 6- bis 14jährige Kinder durch. Besondere Vorzüge dieser Kuren sind die vorzügliche und reichliche Ernährung, die Betreuung durch Kindergärtnerinnen, die ärztliche Behandlung durch einen Kinderarzt und die Pflege der kranken Kinder durch Schwestern des Roten Kreuzes. Sie sichern in Verbindung mit den günstigen Schwarzwaldklima die ausgezeichneten Erfolge. Das Kinderheim des Roten Kreuzes ist damit ein wichtiges Glied in der Gesundheitsfürsorge der Kinder geworden. Das Rote Kreuz vermittelt Anfragen und Aufnahmegeruche und gibt Auskunft bezüglich

Scharfe Kontrollen

Stuttgart. Die Stuttgarter Preisbehörden führen zurzeit scharfe Kontrollen bei den La-

An unsere Leser!

Im August dieses Jahres gingen die Zeitungen der französischen Zone zum wöchentlich dreimaligen Erscheinen über.

Obwohl dies eine Steigerung des Papierverbrauchs um beinahe 50 Prozent mit sich brachte und durch die zusätzliche Ausgabe einer weiteren Nummer die Kosten der Schriftleitung, des Verlags und der technischen Herstellung sehr stark anstiegen, wurde nur eine 20prozentige Erhöhung des Bezugspreises vorgenommen.

In der Zwischenzeit haben sich die Kosten der Materialbeschaffung und der gesamten technischen Herstellung wesentlich erhöht.

Um die gleichbleibende Qualität unserer Zeitung zu gewährleisten und um vor allem das notwendige Papier zur Belieferung aller Abonnenten kaufen zu können, sehen wir uns gezwungen, den Bezugspreis für das Schwäbische Tagblatt

ab 1. November 1948 DM. 2.— monatlich festzusetzen.

Verlagsleitung Schwäbisches Tagblatt

UN-Berater in Stuttgart

Stuttgart. Eine Gruppe von 13 Beobachtern, die der amerikanischen UN-Delegation angehören, trafen am vergangenen Sonntag in Stuttgart ein, wo sie das Lager für heimatlöse Ausländer besuchten und die Unterbringung der Flüchtlinge überprüften.

Quer durch die Zone

In Mitterteich, Kreis Ravensburg wurden bei einem nächtlichen Einbruch Sachwerte im Betrag von 100 DM gestohlen. — In Oberndorf am Neckar stürzte sich eine 32 Jahre alte Frau in den Neckar und ertrank. — Der schizophrene Klaus Schwitzer in Schwenningen kam auf unglückliche Weise unter einen Kraftwagen. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er am vergangenen Freitag gestorben ist. — Die Brücke in Neckarsulmen, Kreis Horb, die im Frühjahr 1945 gesprengt wurde, ist wieder hergestellt und bereits dem Verkehr übergeben worden. — Der Hagenschaden in Hohenzollern beträgt für das Jahr 1948 11 800 DM. — In Mühlhausen bei Schwenningen stürzte ein 74jähriger Landwirt in der Scheune von der Oberternte ab und war sofort tot. — Das Gebiet zwischen Tuttlingen und dem Bodensee sollen nach Ansicht von Forstbediensteten von über 200 Wildschweinen bevölkert sein. — In Ulmbach wurde unter großer Beteiligung der Bevölkerung eine neue Kelter eingeweiht. Damit sind in diesem Herbst im den Botesberg allein drei mangelnde Kelter in Betrieb. — In einer schönen, würdigen und fröhlichen Feier wurde am Samstagvormittag der diesjährige „Fellbacher Herbst“ aus der Taufe gehoben. — Am vergangenen Kirchweihsonntag beging die Sulzer Stadtkirche ihre 417jährige Weib. — Am vergangenen Samstag stürzte der Landwirt Karl Kuttler, Stöckach, Kreis Tübingen, in seiner Scheuer ab und war sofort tot.

Nur einzelne Schauer

Aussichten bis Freitagabend. Zunächst bei wechselhafter Bewölkung nur einzelne Schauer. In der Nacht zum Donnerstag und am Donnerstag wieder Durchzug einer Schlechtwetterzone mit wieder auflebender Niederschlagstätigkeit.

Herbst

Nun prangen die feurigen Wälder
In buntem Schein —
Und dort am Hügel allein
Ist Ruh. Gründankel ewiger Fichten bleibt
sich gleich.
Wenn alle Buntheit vergangen,
Und nichts mehr von Glut und Prangen,
Dann seid ihr reich mit Zapfen und Nadeln.
Wozu euch odeln?
Seid ihr nicht königlich?
J. M. Faude

Das geht alle an

Wir suchen:

Wir suchen die Angehörigen des Mathias, Richard, ehem. Uffz., 29 J., wohnhaft vermutlich Umgebung Ebingen, Kreis Balingen, Müller, August, geboren, etwa 1915, ehem. Uffz., FPNr. 16 221; L a o F. Christian, etwa 27 J., ehem. Uffz., u. H e f e, Fritz, etwa 20 Jahre alt, Beruf Metzger, Meldung an Kreisamt für Suchdienst in Balingen, Friedrichstraße 7, Hotel Schwaben.

Die wichtigsten Rundfunksendungen

Radio Stuttgart sendet:

Donnerstag, 21. Oktober: 8.00 Wir wollen helfen; 14.30 Wirtschaftspraxis; 19.00 Bechtel's Orchester und ihre Dirigenten; 16.00 Nachmittagskonzert; das Unterhaltungsspektakel von Radio Stuttgart; 17.15 Unsere Soldaten; 18.30 Das Tanzensemble von Radio Stuttgart; 20.00 Mach mit und lach mit, eine heitere Hörfolge; 20.45 Pausenredel um neue Höcker; 21.00 Opernklänge; Ausschnitte aus großen französischen Opern von Auber, Meyerbeer und Halévy; 21.30 Stunde der Dichtung; „Die Versuchung des H. Antonius“ von Gustave Flaubert; 22.00 Traummelodie (Wienlieder, Süddeutschen, Serenaden und Romanzen); 22.30 Meister des Jazz.
Freitag, 22. Oktober: 8.00 Haus und Heim; das Programm der Frau; „Das richtige Heiratstatter“; 16.00 Nachmittagskonzert; 17.00 Aus der Weltliteratur; 17.15 Unsere Soldaten; 18.00 Volk und Staat; Prof. Ernst Wilhelm Meyer; „Die böse Politik“; 18.30 Das Tanzensemble von Radio Stuttgart; 20.00 Aus Operette und Tonfilm; 21.00 Mein Name

Der Südwestfunk sendet:

Donnerstag, 21. Oktober: 16.00 Nachmittagskonzert; 17.30 Musik zur Unterhaltung aus Koblenz; 19.15 Kleine Abendmusik (Vokalmusik); 20.45 Tanzabend; 22.00 Lütz-Templin und sein Orchester u. das Streichorchester Armand Bernard; 21.30 In der Tausend Küche, Aktuelles satirisches Kabarett; 22.30 Die großen Meister, Werke von Wolfgang Amadeus Mozart; 22.50 Für Kenner und Liebhaber, Werke von Leo Strawinsky.
Freitag, 22. Oktober: 16.00 Musikalische Teststunde; 17.30 Klaviermusik, Maria Bergmann spielt Werke von Carl Maria von Weber; 18.00 Sportvorzeichen; 19.00 Die Frau im Beruf und im öffentlichen Leben; 19.15 Kleine Abendmusik auf der Harmonika; 20.00 Literarische Hörfolge; Das Gastspiel des Erso; 20.45 Kammermusik, Werke von Bach; 21.45 Ihre Liebhaber; 22.30 Ganz leise erklingt Musik.

Der Niagara verschwindet

Eines der größten und erhabensten Naturwunder der Welt ist ohne Zweifel der Niagara in den Vereinigten Staaten. Schon im vergangenen Jahrhundert fanden sich dort jährlich etwa 400 000 Besucher aus allen Ländern ein, um die entfesselten Wassermassen in ihrer stiebenden Urgewalt zu bewundern. Der Niagara stellt bekanntlich den 350 Kilometer langen Abfluß des Erie- zum Ontariosee dar, dessen Stromschnellen sich über eine Strecke von acht Kilometern ausdehnen. Von dem Inselchen Navy an schiebt der Fluß mit ständig zunehmender Geschwindigkeit dahin, um endlich sieben Kilometer weiter unterhalb in den weltberühmten Niagara in die Tiefe zu stürzen.

Durch die Ziegeninsel, die etwa ein Viertel der ganzen Strombreite von 1550 Meter einnimmt, wird der gigantische Wasserfall in zwei ungleiche Arme, den 320 Meter breiten und etwa 60 Meter hohen „Amerikanischen Fall“ und den 900 Meter breiten und 48 Meter hohen „Kanadischen Hüfelsenfall“ geschieden. Die Großartigkeit dieses Naturwunders besteht weniger in der Höhe der beiden Fälle als in der ungeheuren Masse des herabstürzenden Wassers, die nicht weniger als 425 000 Kubikmeter in der Minute beträgt. Hiervon gehen neun Zehntel über den Kanadischen Fall. Aus der Tiefe der von 70 bis 85 Meter hohen Felswänden eingefassten Kluff, in welche das Wasser stürzt, steigen weiße Schaum- und Wolkenwände empor, die kilometerweit wahrgenommen werden können.

Das 26 Meter dicke, fast ganz horizontale Kalksteingeröll, über das die ungeheuren Wassermassen herabbrausen, ruht auf einer noch mächtigeren Schieferung, die durch den feinen Staubregen unauffällig zersetzt wird, sodaß der Kalkstein in großen Mengen nachdrückt.

Der Niagara geht auf diese Weise immer mehr zurück, nach genauen Messungen

von 1842 bis 1870 jährlich um 0,82 Meter. Die neuesten Beobachtungen, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht worden sind, haben jedoch bewiesen, daß heute der jährliche Rückgang bereits 1 bis 1,30 Meter beträgt. Der Niagarafall wird demnach zu einem früheren Zeitpunkt verschwinden, als man noch im vergangenen Jahr annahm.

Das bedeutet nicht nur den Untergang eines einzigartigen Naturwunders, sondern auch eine Beeinträchtigung der nordamerikanischen Stromversorgung. Von den Niagarafällen werden nämlich Kraftwerke betrieben, die in den ungeheuren Wassermassen über eine Stromreserve von nicht weniger als 17 Millionen Pferdestärken verfügen. Ist auch der genaue Zeitpunkt nicht vorauszusagen, an dem es einmal keinen Niagarafall mehr geben wird, so ist doch dieses Schöpfungswunder dem langsamen, aber sicheren Untergang geweiht.

Der Spötter

Dem englischen Dichter Oscar Wilde wird nachgerühmt, daß er selbst in den dunkelsten Stunden seines Lebens mit einer seiner geistreich-spöttischen Sentenzen die eigene Misere mitten ins Herz zu treffen wußte. Diese Gabe, den drückenden Zentnergewichten des Schicksals für eine lächelnde Sekunde lang die Schwerelosigkeit eines Vogelflaums zu verleihen, blieb ihm selbst auf seinem Totenbett treu. Zwei Pariser Aerzte waren in die elende Sterbekammer des Dichters des „Dorian Gray“ gerufen. Aber es blieb ihnen nichts zu tun, als den hoffnungslosen Zustand des Patienten festzustellen, über dessen ebenso hoffnungslose Verschuldung sie hinreichend im Bilde waren. Während die wackeren Diener Askulaps im Begriffe standen, das Feld der Krankenpflege des Armenspitals zu überlassen, stützten sie sich zu: „Auf Honorar müssen wir hier wohl verzichten!“ Diese Bemerkung aber erreichte den, für dessen Ohren sie am allerwenigsten bestimmt war. Und

ein Lächeln bog über seine erschöpften Züge, als er die schon entgleitenden geistigen Kräfte ein letztes Mal zu einer typisch Wildeschen Bemerkung zurückrief und mit leiser Stimme sagte: „Ich weiß, ich weiß, ich sterbe über meine Verhältnisse.“ F.v.B.

51. deutscher Aertzetag in Stuttgart

(Eigenbericht) Der Aertzetag, über den wir kurz berichteten, wurde durch den Ehrenpräsidenten des Aertzetales, Dr. Friedrich Langbein, Pfullingen, eröffnet, der an die große Tradition der deutschen Aerztetage erinnerte, auf denen alle wesentlichen Voraussetzungen für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Aerzteorganisation erarbeitet worden seien, die es noch weiter zu festigen und auszubauen gilt. Prof. Erbe überbrachte als Rektor die Glückwünsche der Landesuniversität und ehrte Dr. Langbein in Anerkennung seiner überragenden Verdienste durch Verleihung der hohen Würde eines Ehrensenators der Universität Tübingen.

Ministerpräsident Reinhold Maier begrüßte die Aerzte im Namen der Landesregierung Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Bayern und wies in eindringlichen Ausführungen auf die hohe Bedeutung der ärztlichen Arbeit für Volk und Staat hin. Die deutsche Sozialversicherung, von der verantwortungsbewußten Mitarbeit der Aerztenschaft getragen, habe sich zu einem einzigartigen Sozialwerk in der Welt entwickelt, auf das wir stolz sein können und das erhalten werden müsse. Weiterhin sprach Herr Storch als Direktor des Amtes für Arbeit in Frankfurt, Ministerialdirektor Ernst für das bayerische Arbeitsministerium, Landespräsident Keil, Regierungsdirektor Dr. Weiß, Dr. Sigrist und Dr. Bumke als Vertreter der Berliner Aerztenschaft.

Nach Begrüßung der Gäste, unter denen sich neben Staatspräsident Dr. Müller auch General Déspatis in Verbindung des General Koenig eingefunden hatte, eröffnete der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Senator Dr. Weller, die Reihe der Referate mit bedeutenden Ausführungen über das „Werden des Arztes und die Ordnung seines Berufslebens“. Dr. Neuffer, Stuttgart, sprach über den „Arzt, seine Berufung und seine Berufsvorbereitung“ und legte überzeugend dar, daß der Arzt zur Erfül-

lung der öffentlichen Aufgaben, welche ihm im Gesundheitswesen obliegen, dringend einer in sich geschlossenen Standesvertretung bedürfe. Dr. Dobler, Tübingen, begründete in seinem Referat „Gemeinschaftsaufgaben der Aerztenschaft“ die Notwendigkeit einer aktiven Mitarbeit der Aerztenschaft bei der Neuordnung der Sozialversicherungen, deren Aufgaben im Sinne einer vorbildlichen Gesundheitsfürsorge für die arbeitende Bevölkerung erweitert und vertieft werden müsse. Er forderte eine der ärztlichen Leistung gerechte Honorierung. Obermedizinalrat Griesbach, Augsburg, sprach über die „Bekämpfung der Volkskrankheit Tuberkulose“, die eine ernste Gefahr für unser Volk darstelle. Am Nachmittag wurde von Dr. Sievers, Hannover, über „Die Stellung des Arztes in der Sozialversicherung“ referiert, während Dr. Schlögl, Nauenheim, über „Die Pflichten und Rechte des angestellten Krankenhausesrates“ sprach und die Notlage der an den Krankenhäusern angestellten unbesoldeten Aerzte darlegte.

Am Sonntag wurden in einer gemeinsamen Sitzung der Aerztengkammern und Kassensärztlichen Vereinigungen eine Reihe von Entschlüssen besprochen und angenommen, die sich mit der Arbeit in der Sozialversicherung und mit Organisationsfragen der Aerztengkammern befassen. Um alle Kräfte zur Bekämpfung der Volkskrankheiten und Zivilisationschäden zusammenzufassen, wurde ein sozialärztlicher Ausschuss gebildet, in den Prof. Lossen, Dr. Dobler und Dr. Redenwald berufen wurden.

„Tüchtige Handwerksarbeit übersteht jede Krise“

Die Tischler-Innung Nagold mit ihren 167 Mitgliedern und 600 Beschäftigten, in welchen Zahlen die der Industrie angeschlossenen Möbelfabriken nicht enthalten sind, die stärkste und volkswirtschaftlich gesehen bedeutendste des Kreises Calw, hielt in der Rose in Nagold ihre gut besuchte Hauptversammlung ab. Obermeister Buz gab einen umfassenden Tätigkeitsbericht. Er wünschte den kriegsgefangenen Kämmerern baldige gesunde Heimkehr, gedachte der Gefallenen und beehrte mit ihnen die Toten der Innung. 25 Altmeistern konnte, wie er weiter berichtete, eine Ehrengabe der Innung übermietet werden. Dem Altmeister Reichert, Rohrdorf, gratulierte der Obermeister nachträglich zum 70. Geburtstag. 22 Lehrlinge haben im Frühjahr mit gutem Erfolg die Gesellenprüfung bestanden. Zur Gesellenprüfung im Herbst 1948 haben sich 14 Interessenten gemeldet. 1947 hatte die Innung 12 Jungmeister, 1948 waren es deren 11, und am 2. Z. laufenden Meisterkurs beteiligten sich wieder 12 Kandidaten. Der neue Haushaltsplan steht im Zeichen der durch den Währungsschnitt bedingten Sparsamkeit. Eine unendliche Fülle Arbeit, insbesondere Kleinarbeit, war von der Innungsleitung zu leisten. Sie war nicht zuletzt durch die Bewirtschaftung veranlaßt. Der Obermeister gab einen Überblick über die Tätigkeit auf den wichtigsten Arbeitsgebieten und schloß mit dem Dank nach allen Seiten. Da Emil Buz aus zwingenden Gründen den Obermeisterposten nicht weiter bekleiden möchte, wechselte er und der Schriftführer Waidelich die Ämter. Nach ausgedehnter Debatte wurde diese Lösung der Frage der Führung der Innung als die Beste befunden, um eine stetige Fortentwicklung zu gewährleisten. An Stelle des verstorbenen Beiratsmitglieds Xaver Barois wurde Otto Rausser (Ehhausen) zum Beiratsmitglied gewählt.

Kreishandwerksmeister Ballmann gab anschließend einen Bericht über die allgemeine Wirtschaftslage, wie sie sich nach der Währungsumstellung darstellt. Verknapptung der Waren und Preissteigerungen auf allen Gebieten zeigen, wie er überzeugend darlegte, daß wir noch nicht über den Berge sind, zumal die breite Masse des Volkes kein Geld hat, während sich andererseits das Geld in den Händen einzelner häuft, sofern nicht eine Flucht in die Schwerte angetreten wird. Unter diesen Umständen sind die Innungen heute wichtiger als jemals vorher, soll das Handwerk sich nicht an die Wand drücken lassen. Auch nach Schaffung der Trizone wird der große Befähigungsnachweis im Handwerk gefordert werden, sollen nicht chaotische Zustände heraufbeschworen werden. Wenn alle Handwerker sich der Bedeutung ihres Standes bewußt sind, wird der Spruch wahr bleiben: Handwerk hat goldenen Boden. Solide, tüchtige Handwerksarbeit übersteht jede Krise. Mehr als früher muß sich das Handwerk ohne Unterschied der Partei

Die Landespolizei berichtet

Auf der Dießlinger Hauptstraße — Kreuzung Baumgartenstraße in Birkenfeld — ereignete sich ein Verkehrsunfall zwischen einem Kraftfahrer und einer Frau. Der Kraftfahrer, der die Kreuzung passieren wollte, striffte die sich auf der Kreuzung befindliche Frau. Die Frau kam zu Fall und wurde am Kopf verletzt, so daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Kraftfahrer erlitt leichtere Verletzungen — Drei junge Burschen, die im Wald bei Döbel Bucheln sammelten, stahlen aus einer vorüberziehenden Schafherde ein Schaf und nahmen es mit nach Hause. Der Vater ließ es schlachten. Die Polizei erfuhr von dieser Angelegenheit und stellte das Fleisch sicher. — Ein auf der Durchreise befindliches 20 Jahre altes Mädchen entwendete in Wildbad anlässlich einer Tanzveranstaltung einen Damensmantel und reiste damit ab. Die eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen hatten Erfolg und die Diebin konnte im Kreis Freudenstadt festgenommen werden. — Ein Kraftfahrer von Wildbad hat durch Selbstverschulden auf der Fahrt von Calmbach nach Langens 3 einen Verkehrsunfall verursacht. Er wollte sich während der Fahrt eine Zigarette anzünden, wobei er das Steuer ließ. Dadurch fuhr der Wagen nach links, wurde aber durch den Fahrer wieder nach rechts gerissen und abgebrems. Er kam ins Schleudern und geriet in den Straßengraben, wo er sich überschlug. Das Fahrzeug wurde stark beschädigt, wogegen der Fahrer mit leichten Verletzungen davorkam.

solidarisch fühlen. Dringend notwendig ist, daß auch Handwerker in die Rathäuser einziehen. Sehr erwünscht wäre, wenn alle Innungen sich von Zeit zu Zeit aussprechen und allgemeine Handwerksfragen gemeinsam regeln. Kollegialität und Kameradschaft aber sollten oberster Leitsatz aller Handwerker sein. — Geschäftsführer Wohlfahrt sprach anschließend über aktuelle Fragen der Preisbildung, Zuteilungen usw., worauf Architekt Lindenmaier, Reutlingen, einen sehr interessanten Fachvortrag über Holzsparen, insbesondere beim Bau und Möbelbau, hielt.

Handwerk und Eisenbahn

Auf der Hauptversammlung der Tischler-Innung Nagold machte Kreishandwerksmeister Ballmann sehr bemerkenswerte Mitteilungen über Verhandlungen im Eisenbahnbeirat der ganzen französischen Zone. Seine in diesem Gremium, dem er angehört, gemachten Ausführungen, haben nicht wenig zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Nagoldtal beigetragen, ein Zeichen dafür, daß man schon etwas erreicht, wenn man eine Sache energisch anfaßt. Der Generaldirektor der Eisenbahnen der französischen Zone kam selbst ins Nagoldtal und überzeigte sich von den unhaltbaren Zuständen, die hier im Verkehrswesen herrschen bzw. herrschten. Die Eisenbahn hat zugestanden, daß die um 40 Prozent erhöhten Gütertarife eine Senkung erfahren, wenn es die Finanzlage der Eisenbahn gestattet. Der Verkehr über die Brötlinger Brücke

Hirsau. (Goldene Hochzeit) Unter Anteilnahme der gesamten Einwohnerschaft feierte am 17. Oktober das Gottlob Maier'sche Ehepaar im großen Kreise von Kindern und Enkeln und in erfreulicher körperlicher und geistiger Frische das Fest der goldenen Hochzeit. Beide Ehegatten stehen im 78. Lebensjahr. Der Ehemann als altherwährter und geschätzter Zimmermann geht noch heute täglich seinem Beruf nach, während seine Ehefrau mit unverminderter Tatkraft ihrem Haushalt vorsteht. Von der großen Kinderschar sind 5 am Leben geblieben, ein Sohn ist im ersten, ein zweiter im zweiten Weltkrieg gefallen; der jüngste, ein dessen Rückkehr zum Festtag Eltern, Frau und Kinder schneidlich erwartet haben, befindet sich noch in russischer Gefangenschaft. Die Glückwünsche der Gemeinde übermittelte Bürgermeister Bock unter Uebertragung einer Ehrengabe, den feierlichen Festgottesdienst versahnte der Singchor durch seinen Gesang. Auch wir wünschen mit der ganzen Gemeinde dem Jubelpaar viel Glück und Segen auf seinem ferneren Lebensweg.

Altburg. Frau Maria Großmann von hier ist dieser Tage, von Zavelstein kommend, vor dem Hause Weinmann in Spehhardt infolge Versagens der Bremse vom Fahrrad gestürzt. Sie war bewußtlos und erlitt eine starke Gehirnerschütterung. — Johann Starzmann wurde vom Liederkrans Altburg nach 50jähriger Mitgliedschaft und langer aktiver Sängerei durch ein Ständchen und ein Geschenk erfreut. — Georg Holzäpfl aus Weiten schwann (evakuiert aus Pforzheim) ist aus russischer- und Werner Schütz, Pfarrer, aus französischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Vor dem Pfarrhaus hier wurden die Heimkehrer durch eine Ansprache von Herrn Pfarrer Dierlamm begrüßt. Der Liederkrans und der Musikverein ehrten die Heimkehrer durch einige Lieder und Musikstücke.

Rötenbach. Nach vierjährigem bangen Warten erhielt Frau Paula Umacht die schmerzliche Nachricht, daß ihr Ehemann Jakob Umacht im Westen

25 Jahre Eisen-Häfele Nagold

Die Firma Adolf Häfele in Nagold, ein führendes Unternehmen in Südwestdeutschland für Möbelbeschläge und Werkzeuge für Holzbearbeitung, beging in diesen Tagen ihr 25jähriges Bestehen. Gegründet 1923 in Aulendorf, wurde die Firma 1927 nach Nagold verlegt und hat sich seitdem stetig so stark entwickelt, daß sie nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in weiten Teilen des Auslandes bekannt ist. Die Absatzsteuße durch den Verlust der deutschen Ostgebiete wurde wettgemacht durch Erwerbung neuer Absatzgebiete in ganz Westeuropa. Auf den Nachkriegsmessen fanden die Ausstellungen der Firma Häfele überall großes Interesse. Auch

soll im Dezember wieder aufgenommen werden. Die trostlosen Wagenverhältnisse auf der Nagoldalbahn sollen laufend verbessert werden; ein verheißungsvoller Anfang wurde gemacht. Mit dem durchgehenden Zugverkehr Calw-Stuttgart wurde begonnen. Verbesserungen des Fahrplans wurden weiter zugesagt. Somit ist zu erwarten, daß für den Reisenden bald nicht mehr in Weilderstadt die Welt aufhört, sondern daß auch das Nagoldtal Verkehrsverhältnisse bekommt, die den an sie stellenden Anforderungen genügen.

Tabakwaren für Prioritätsbetriebe

Die Zuteilung der Prioritätstabakwaren wird vom 1. Oktober 1948 ab eingestellt. Die Tabakwaren für den Monat August gelangen in etwa 2 Wochen zur Verteilung. Die September-Freigabe erfolgt, wenn genau feststeht, welche Mengen an Prioritätstabakwaren für diesen Monat benötigt werden. Die Betriebe wurden daher aufgefordert, die Septembermeldung, die auch alle rückständigen Monatsmeldungen, die bekanntlich bis zum 5. des nächstfolgenden Monats einzureichen waren, bis spätestens 20. Oktober 1948 mit dem Stichvermerk des Arbeitsamtes einzureichen. Die Betriebe der II. Kategorie (außer ledererzeugende Industrie) haben die vorgeschriebene Umsatzklärung beizufügen. Meldungen, die nach dem 20. Oktober eingehen und auch solche, welche unvollständig sind, können nicht mehr berücksichtigt werden, da diese in der Sammelmeldung an die Militärregierung nicht aufgenommen werden können. Kreiswirtschaftsamt.

Blick in die Gemeinden

gefallen sei. Dasselbe traurige Nachricht erhielt Frau Emma Hansmann, daß ihr Ehegatte Jakob Hansmann im Osten gefallen sei. Den beiden schwer von Leid betroffenen Familien wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Mindersbach. Der „Sängerkrans Mindersbach“, der vor etwa einem Vierteljahr wiedergegründet wurde, entfaltete eine rege Tätigkeit. Zu einem geselligen Abend versammelten sich kürzlich die Sänger im „Bären“. Gesang und Poesie gaben der Veranstaltung ihr Gepräge. Der Chor brachte dem aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Sangesbruder Albert Klenk ein schönes Ständchen.

Zwehrenberg. Zur Freude seiner Angehörigen und der ganzen Gemeinde kehrte Hans Wurster aus franz. Gefangenschaft zurück. Auch Philipp Otmar kehrte zurück, befindet sich jedoch noch in einem Stuttgarter Krankenhaus, weil er auf der Rückfahrt einen kleinen Unfall erlitt. — Im Jagdrevier Hornberg wurde anlässlich einer Treibjagd aus einem Rudel von ca. 20 Stück eine etwa 150 Pfund schwere Bache erlegt.

Simmersfeld. Forstmeister Müller, über dessen feierlichen Abschied von Simmersfeld wir berichteten, wurde Leiter des Forstamts Mochenwangen (Kreis Ravensburg). Sein Nachfolger in Simmersfeld ist Forstmeister Haug aus Ulm a. D. — Nach der Getreide- und der Kartoffelernte wurden Arbeiten in Garten, Feld und Wald erledigt. Mist und Jauche wurden auf die Aecker gefahren, dann wurden die Aecker gepflügt. Holz und Stroh wurden aus dem Walde geholt. Viele Bauern haben schon begonnen, die Winterernte zu säen. Andere sind beim Drechseln oder beim Ernten von Rüben und Weizenkraut, das eine gute Ernte verspricht. Die Obstärzte ist sehr mäßig ausgefallen. Die meisten Bauern müssen ihr Mostobst von weit her holen und oft teuer bezahlen.

Altensteig. Der kürzlich an dieser Stelle ausgedrückte Wunsch, nicht nur Gemeinden über 5000 Einwohner, sondern auch kleinere Gemeinden, ins-

auf ausländischen Messen war Häfele früher vertreten. Zum Jubiläumstag zeigt die Firma sehr geschmackvolle Schaufensterdekorationen. Das Jubiläum selbst wurde in Anwesenheit von Dr. Weller als Vertreter des Landrats, dem Zweigstellenleiter der Industrie- und Handelskammer, Krämer, Kreishandwerksmeister Ballmann, Bürgermeister Breittling u. a. Gästen im Traubensaal feierlich begangen. Zahlreiche Glückwünsche aus aller Welt gingen zum Jubiläum ein. Die Angestellten schenkten dem Firmeninhaber einen wertvollen Gobelin mit Firmenwappen. Kaufmann Alfred Körner erhielt Prokura. Den Abend gestalteten Mitglieder von Redte Stuttgart und vom Staatstheater Stuttgart. Wir wünschen der Firma ein weiteres Blühen und Gedeihen.

Calwer Stadtnachrichten

Wir hatten die Freude, M. Geisenhaysner sprechen und recitieren zu hören. Der erste Teil des Abends war dem Gedenken des jüngst verstorbenen großen Schauspielers Paul Wegener gewidmet. Geisenhaysner skizzierte kurz Gestalt und Eigenart des Künstlers, erzählte Episoden aus seinem Leben und brachte Bruchstücke aus seinen bedeutenden Rollen zum Vortrag. U. a. den Dialog Vater und Sohn aus Shakespeares „Hamlet IV.“. Im 2. Teil entwarf der Redner ein plastisches Bild der Tragödie und las aus Aeschylos „Die Perser“. Der mit viel Wärme und Hingabe gestaltete Abend bedeutete für die kleine Hörerschaft eine seltene Bereicherung.

Im „Waldbornsaal“ hielt Frau von Millitz, Berlin, einen Vortrag, der eine wesentlich größere Zuhörerschaft verdient hätte. Außerordentlich und zum Mitdenken zwingend waren die gegebenen Einblicke in die verschiedenen Kulturepochen Europas. Anhand von Bildern aus der Kunstgeschichte (Frühzeit bis Moderne) zeigte die Vortragende Eigenart, Entwicklung und Wandel des schaffenden, aber zu jeder Zeit um sein geistiges Ich ringenden Menschen auf. Einer besonderen Betrachtung wurde die Stellung und der Wert der Technik unterzogen.

Kulturwerk Calw beginnt mit seinen Kursen Stenographie für Anfänger Mittwoch, 20. 10., 18.30—20.00 Uhr, Spritzenhaus, Saal 4 für Fortgeschrittene Donnerstag, 21. 10., 18.15—19.45 Uhr, Spritzenhaus, Saal 4 für Eilschriftreife Mittwoch, 20. 10., 20.00—21.30 Uhr, Spritzenhaus, Saal 4. — Maschinenschreiben für Teilnehmer mit eigener Schreibmaschine Donnerstag, 21. 10., 20.00—21.30 Uhr, Spritzenhaus, Saal 4. — Buchhaltung I (Einzel- und Großhandel) Dienstag, 19. 10., 20.00—22.00 Uhr, Spritzenhaus, Saal 4; Buchhaltung II (Fabrikbuchhaltung) Freitag, 20. 10., 20.00—22.00 Uhr, Spritzenhaus, Saal 4. — Weitere Neuanmeldungen sind gleichzeitig möglich. Kursgebühr für Stenographie und Maschinenschreiben DM 7.— Buchführung DM 10.—, Eilschriftgebühr DM 1.—.

besondere wenn sie hochwasserschädigt sind, mörhten Kohlen für diesen Winter erhalten, geht wahrscheinlich in Erfüllung. Altemsteig würde sich darüber besonders freuen. Vorgesagt ist, daß auch Gemeinden über 3000 Einwohner in den Genuss von Kohlen kommen.

Nagolder Stadtkronik

Der Kreis der Nagolder Kammermusikfreunde besuchte das Sanatorium Röhnbach und bereicherte mit einem ausserordentlichem Programm den Patienten eine gesunden Abend. Klassische Instrumentalmusik und Klavierwerke wurden mit vollem Ausdruckreichtum und in schönem Zusammenklang der Instrumente gegeben. Die Zuhörer dankten mit reichem Beifall, dem Chefarrt Dr. Teil namentlich Ausdruck verlieh. — Erstmals wollte die Freie Bühne (Schwarzwaldbühnen), Klosterreihenbach, in unserer Stadt. Die sympathischen jungen Spieler, die Unterstützung verdienen, ließen sich durch den schlechten Besuch der Veranstaltung nicht abhalten, mit Bravour zu spielen. Das moderne Lustspiel „Marguerite“ hat zwar eine wenig wahrscheinliche Handlung, aber immerhin heitere Einfälle. Drei in schöner Kameradschaft miteinander wohnende Jungesellen verlieben sich in das gleiche Mädchen, ohne daß einer etwas von des anderen Liebesaffäre weiß. Schon ist man geneigt, das Mädchen als Kokotte abzutun, als sich herausstellt, daß sie den dreien eine Lektion erteilen wollte. Das Publikum spendete reichen Beifall.

Die Spielvereinigung Nagold hielt im „Adler“ eine Versammlung aller Sparten. Interno Vereinsangelegenheiten wurden eingehend erörtert. Vorstand Digel und die Sportreferenten berichteten über die sportliche Tätigkeit, insbesondere darüber, was heuer erreicht wurde und was noch gehen würde. Die Vorbereitungen für die Weltmeisterschaft, die einmal den Vereinsangehörigen, ein ander Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, wurden eingeleitet.

Tonfilmtheater Nagold

In dieser Woche läuft ein besonders bemerkenswerter Film in Nagold: „Sänger ihrer Hohnheit“ mit dem berühmten italienischen Sänger Beniamino Gigli. In jeder Vorstellung sieht und hört man außerdem den geschätzten Komiker und Pianisten Peter Schwarz in einem Sonderprogramm: „Die von damals — wir von heute“.

Als Vermählte grüßen HANS WAIDELICH HILDE WAIDELICH geb. Löbmler Calw Winnenden 19. Oktober 1948

Rötenst., 18. Oktober 1948. Todesanzeige Am Sonntag entschlief nach kurzer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Schwager Wilhelm Soulier im Alter von 38 Jahren. In tiefer Trauer: Die Mutter: Emilie Soulier nebst Geschwister.

Arnbach, 18. Oktober 1948. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim unerwarteten Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters

Ernst Höll Wagnermeister erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege innigsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Geistlichen, dem Chor, den ahrenden Nachruhen der Wagnereinnung und allen denen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten. Die trauernd. Hinterbliebenen.

„Gerbersau“ Calw und Schwaben im Werk von Hermann Hesse. Diese schöne zweibändige Ausgabe mit 37 Erzählungen des Dichters erscheint Anfang 1949 zum Preis von DM 32.— bis 36.—. Vorbestellungen nimmt ein Buchhandlung Fr. Häußler, Calw.

Altensteig, 13. Okt. 1948. Nach längerer Krankheit ist unsere liebe Mutter, Großmutter, Urmutter, Schwägerin und Tante Anna Schneider geb. Röllner nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von über 85 Jahren zur ewigen Ruhe eingegangen. Allen denen, welche ihr während ihrer Krankheit Liebeserweisen haben, sowie für die Kranz- und Blüsen spenden, für die tröstlichen Worte des Geistlichen und allen denen, die sie zur letzten Bahn geleiteten, sei hierdurch herzlich gedankt. Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Wilhelm Schneider, Familie Asa-Luz Witwe, Familie Philipp Armbuster.

Stellenangebote Schuhmacherehrung mit guter Allgemeinbildung bei Kost und Wohnung zum sofortigen Eintritt (Nähe Calw) gesucht. Angeb. u. C 4929 an S. T. Calw. Junge, ehrlich, fleißig, kann sofort als Bäckereihilfe in Calw eintreten. Ankunft ert. die Geschäftsstelle des S. T. Calw. Tüchtige Kontoristin, im Maschinenschreiben perfekt, in Dauerstellung von Calwer Betrieb gesucht. Angebote unter C 4932 an Schwab Taubblatt Calw. Junge Bürohilfskraft suchen wir für unsere Versandabteilung. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Gehaltsansprüche an Firma Bühler & Co., GmbH, Wildberg. Mädchen, fleißig, kinderliebend, auf 1. Nov. in gepflegte Haushalt in Calw gesucht. Angebote unter C 4933 an S. T. Calw.

Verband der Körperbeschädigten, Arbeits-Invaliden und Hinterbliebenen. Alle Körperbeschädigten, Hinterbliebenen, alle Opfer der Arbeit, Sozialrentner, alle Frauen von Vermittlung besuchen die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Calw und Umgebung ihres Verbandes am Freitag, 22. Oktober 1948, 10.30 Uhr, im Saalbau Weiß in Calw. Der Ortsbeauftragte.

Tisch, 1,80x55, neuw., u. 3 Stühle abzug. Calw, Bahnhofstr. 46, I. Ein Krautständer, gut erhalten, mit 8 Ztr. Inhalt, sowie einen in bestem Zustand befindlichen Raschkasten hat abzugeben. „Eintracht“, Neuenbürg. Massive Holztreppe, 3 Mtr. lang, 83 Zim. breit, abzugeben. Angebote u. C 4930 an S. T. Calw. Eine Partie Bauholz wird abgegeben Wildbad, Hohenlohestraße 62, parterr.

Omnibusfahrten in nähere und weitere Umgebung führt mit 20 - 30 - 40-sitzigen Omnibussen wieder aus Autohaus und Omnibusverkehr FRIEDRICH BENZ NAGOLD - Telefon 402

Verkäufe Ein Waschkeisel mit Feinstrahlung, 50-90 Liter, 1 Sparherd, fabrikneu, 1 Parol-Schraubstock, neu 10er, Bettfedern, neu für 2 Betten, im Barverkauf od. Tausch abzugeben. Angebote u. C 1833 an S. T. Neuenbürg. Lederzeug, Jacke und Hose (lang) für schlankes mittelgroße Figur, neuwertig, gegen bar zu verk. Angeb. u. C 4931 an S. T. Calw. Fahrrad, neu, mod., mit neuem Vollgummi zu verkaufen. Angeb. unter C 4928 an S. T. Calw.

Handkarren, zweirädrig, sehr gut erhalten, 6 Ztr. Tragkraft, verk. Karl Schälbe, Maler, Bad Liebenzell, Gr. Kugelberg 9. Heiratsanzeigen Glänzende Heiraten sind im Schwarzwaldzirkel vorgemerkt. Derum heute noch ihre Anmeldung! Monatlich Beitrag DM 3.—. Zuschriften mit Rückporto an die Leiterin Frau Freya Krause-Ebbighaus, Hirsau/Calw, Landhaus Freya, Filiale Karlsruhe Wolfenstraße 7.

Verschiedenes Welches Auto fährt in nächster Zeit nach München und könnte von dort eine ca. 10-12 Ztr. schwere Maschine mitnehmen nach Walldorf, Kreis Calw. Angebote an Friedrich Hauser, Schreinermeister, Walldorf, Kr. Calw. Büroräum, monatlich Stadtmitte und Telefonschluß, für sofort gesucht. Angebote unter C 4934 an Schwab Taubblatt Calw.

Tiermarkt Gute Milchkuh samt Kalb verk. u. tauscht geg. tr. Rind od. jg. Nutz- und Schaffkuh, Hans Schönhardt, Oberkollwangen.

Geschäftliches Stahlgraveur, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, nimmt noch Kunden an. Angebote unter C 1819 an S. T. Neuenbürg. Für alle Näharbeiten empfiehlt sich Frau Theo Kluth, Calw, Bahnhofstraße 38. Leistungsfähige Brauerei (Herstellerei eines alten Markenbieres) sucht Verbindung mit Biergroßhändlern od. Brauereien zwecks Errichtung einer Bieriederlage. Es käme auch die Anspendung von geeigneten Räumen in Frage. Angebote unter AN 100 durch Schwab Taubblatt, Karlsruhe, Kaiserstraße 156.

Gummischuhe repariert wieder: Mechanische Schuhmacherer, Schödel, Calw, Lederstraße 44. Geöffnet: Montag, Dienstag, Freitag, 9-12 und 13-17 Uhr. Schreihwarengeschäft Zusätzlicher Verdienst ohne Risiko und ohne Festlegung von Betriebsmitteln. Zuschriften unter AS/15 an Anz. Veru. Günt. Mühl, Freudenstadt.

Stadttheater Pforzheim Versäumen Sie nicht die Aufführung der schmissigen Operette „WIENER BLUT“ in Calw (Stadthalle) Donnerstag, den 21. Oktober, 20 Uhr. Verbilligter Vorverkauf!

Bad Teinadh 126 wieder zu erreichen G. Maler, Antovermietung, Neubulach.

Reparaturarbeiten an Oefen und Herden, sowie an sämtlichen Feuerstätten führt aus. Ernst Friese, Ofensetzermeister, Nagold, Turmstraße 38.

Die Kreisausgabe Calw des Schwäbischen Tagblatt wird in unserem Kreis gedruckt. Wir bitten deshalb Anzeigenaufträge und Beiträge für die Lokalschriftleitung nicht nach Tübingen direkt, sondern an unsere Geschäftsstelle in Calw, Badstr. 24, einzuenden zu wollen. Schwäbisches Tagblatt Kreisausgabe Calw.

Anfang 1949 erscheint „Gerbersau“ Calw und Schwaben im Werk von Hermann Hesse. 2 Bände in bester Ausstattung Preis ca. DM. 32.— bis 36.—. Vorverkaufspreis nimmt ein Buchhandlung Kirchherr, Calw.